

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Festtage) Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. — Verlag von W. Baumbach u. Co., Magdeburg. — Druck von Franz Wetzig, Magdeburg. — Geschäftsstelle: Holzstraße 48, Fernsprecher 1587. Redaktion: St. Nikolaistraße 8. Fernsprecher 961. — Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 3 Mk. 25 Pfg., monatlich 80 Pfg. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.25 zgl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Inzerationsgebühr: die sechsgehaltene Zeile 15 Pfg. Post-Zustellgebühr 5 Pfg.

Nr. 178.

Magdeburg, Mittwoch den 2. August 1905.

16. Jahrgang.

Ein zweites Crimmitschau.

Noch sind die Wunden nicht geheilt, die dem wirtschaftlichen Leben Crimmitschaws durch die frivole Aussperrung geschlagen wurden, und schon entbrennt in Sachsen und Thüringen wieder ein Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern, der von noch größerer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung sein wird wie der in Crimmitschau. Hier standen etwa 8000 Arbeiter 78 Unternehmern gegenüber; der neuerdings im sächsischen Textilgewerbe ausgebrochene Kampf steht aber jetzt schon 11000 Arbeiter auf dem Strassenpflaster, und bereits wird angekündigt, daß ihre Zahl sich binnen kurzem auf 30000 erhöhen würde.

Die Vorgeschichte des Kampfes ist kurz folgende: Vor einigen Wochen traten die Färbereiarbeiter in Glauchau-Weerane in eine Lohnbewegung ein. Sie verlangten von den Firmen, die dem sächsisch-thüringischen Färberring angehören, dieselbe Bezahlung, die von den außerhalb des Ringes befindlichen Firmen geleistet wird und die ihnen übrigens auch früher in Aussicht gestellt worden war. Nämlich einen Wochenlohn von sage und schreibe 15 Mark. Man verhandelte zunächst auf friedlichem Wege mit den Unternehmern. Dabei bot sich schon Gelegenheit, deren unverfälschten Herrenstandpunkt kennen zu lernen. Die Unternehmer verhandelten immer streng formell durch ihre Organisation und zogen auch stets die vorläufig von dem Streitfalle ganz unberührt gebliebene Organisation der Webfabrikanten hinzu, dagegen lehnten sie es ab, mit Vertretern der Arbeiter-Organisationen zu verhandeln. Die Arbeiter ließen sich diese entwürdigende Zumutung gefallen, weil sie eine friedliche Erledigung der Differenzpunkte erhofften und erprobten, aber ihre Nachgiebigkeit war zwecklos. Die Unternehmer wollten den Kampf und erreichten ihn.

Es kam zunächst zu Teilausständen in Glauchau-Weerane — wohlgemerkt nur bei dem Ringe angehörenden Färbereien, die andern zahlen bereits, was jetzt gefordert wird. Darauf drohten die Unternehmer mit der allgemeinen Aussperrung, der aber am Ende der vorigen Woche neue Verhandlungen vorausgingen. Dabei erklärten sich die Färbereibesitzer bereit, eine Lohnzulage von 10 Pfennigen pro Tag (!) 60 Pfennigen pro Woche zu gewähren. Das hätte einen Wochenverdienst von 14 Mark anstatt der geforderten 15 Mark ergeben, doch noch mit der erheblichen Einschränkung, daß Arbeiter unter 18 Jahren 10 Prozent, ebenso Arbeiter, die noch nicht 6 Monate im Betriebe beschäftigt sind, ebenfalls 10 Prozent weniger erhalten sollten. Nun kennt man aber die Praktiken der Unternehmer. In manchen Betrieben ist ein so starker Arbeiterwechsel, daß nur einige über 6 Monate im selben Betrieb beschäftigt sind. Dieser Wechsel würde aber in Zukunft wahrhaftig noch größer werden. Wo bliebe dann der Tagesverdienst von 2,35 Mk.? Außerdem war noch zweierlei Lohn für Arbeiterinnen vorgesehen. Für gleichaltrige Arbeiterinnen mit dreimonatiger Beschäftigungsdauer war für Weerane ein Lohn von 9 Mk. und für Glauchau 7,65 Mk. vorgesehen.

Nach einer Begründung für diesen auffälligen Lohnunterschied, der keineswegs auf geringere Leistungsfähigkeit der Glauchauer Arbeiterinnen zurückgeführt werden kann, sucht man vergebens. Jedenfalls ist es begreiflich, daß die Arbeiter die Vorschläge der Unternehmer geradezu als eine Verhöhnung ansahen und bei der entscheidenden Abstimmung erklärten sich denn auch gerade neun Mann dazu bereit, das Angebot der Unternehmer zu akzeptieren, 490 lehnten es ab.

Die Folge dieses ablehnenden Verhaltens der Arbeiter war, daß die Unternehmer ihre Drohungen wahr machten und die Färbereiarbeiter in Sachsen und Thüringen aussperrten. Am Sonnabend brachten schon in Gera die Färbereibesitzer den Beschluß ihrer Konvention zur Ausführung, die sächsischen Unternehmer schlossen sich dem an und bereits sind über 11000 Mann ausgesperrt in Glauchau, Reichenbach, Mhlau, Gera, Greiz, Weida usw. Man rechnet, daß die Zahl der Aussperrten sich auf 30000 vermehren wird, wenn die Webereien, die sich mit den Färbereien solidarisch erklärten, ihre Fabriken geschlossen haben. Der sächsisch-thüringische Webereiverband wird jedoch nicht ohne weiteres aussperrten, sondern am Freitag den Arbeitern die vierzehntägliche Kündigung übermitteln.

So steht Sachsen wieder vor einem gewaltigen Kampf. Kein Zweifel: Die Textilbarone haben es auf die Organisation der Arbeiter abgesehen, dieser gilt ihr Vernichtungskampf. Denn daß die Forderungen der Arbeiter unerfüllbar seien aus Rücksicht auf die Konkurrenz, wie in der „Köln. Ztg.“ behauptet wird, kann doch im Ernst niemand vertreten. Weßhalb können denn die nicht im Ring befindlichen

Färbereien 15 Mark Wochenlohn bezahlen, ohne daß sie ruiniert werden? Man bleibe uns also mit dieser Redensart gefälligst vom Halse. Sie ändern nichts an der Tatsache, daß es sich bei der Aussperrung um eine frivol von den Textilfabrikanten herausbeschworne Machtprobe handelt, in der die Vernichtung der Arbeiterorganisation den Kampfpfeilschiff darstellt.

Wie solche Kämpfe äußerlich in Sachsen zu verlaufen pflegen, das wissen wir noch von Crimmitschau her. Es ist hundert gegen eins zu wetten, daß auch jetzt wieder der Polizeistaat Sachsen mit allen seinen Machtmitteln: Polizei, Gendarmen und Gerichte, den Unternehmern zu Hilfe eilen wird, die der ganzen sächsischen Volkswirtschaft durch ihren borniert-brutalen Streich schwere Wunden schlagen. Das ist so sächsische Gepflogenheit.

Aber auch die sächsischen Textilarbeiter stehen nicht allein. Die braven Proletarier in den Textilfabriken Sachsens gehören schon seit jeher zu den bewährtesten Streikern im politischen und wirtschaftlichen Klassenkampf, deren Opfermut nicht leicht zu übertreffen ist. Selbst bei ihrem schmalen Einkommen haben sie immer ihr Scherlein übrig gehabt, wenn vor ihrer Tür für die Opfer kapitalistischen Uebermuts gesammelt wurde. Es ist eine Ehrenpflicht für die deutschen Arbeiter, die sächsischen Weber und Färber in ihrem Kampfe zu unterstützen und wir sind überzeugt, die deutsche Arbeiterklasse wird ihre Pflicht erfüllen, wenn der Ruf an sie ergeht.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 1. August 1905.

Russisch-borussische Hauslehrerschneiselei.

Während die preussische Regierung eifrig dafür beforcht ist, daß sich das Proletariat nicht durch allzu häufigen Genuß von russischem Schweinefleisch den Magen verderbe, bleibt ihr doch Zeit genug übrig, ihre Bestrebungen gegen die Ausbreitung russischer Revolutionärgedanken fortzusetzen. Bekanntlich sind in Berlin und Umgebung zahlreiche russische Studenten als Hauslehrer u. dgl. angestellt. Das soll in Zukunft nicht mehr sein; wo irgend möglich, werden diese verdeckten Schnorrer und Verschwörer ausgewiesen. Um nun gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, sehen sich jetzt, wie die „Spand. Korr.“ mitzuteilen in der Lage ist, die Bezirksregierungen veranlaßt, neuerdings auf die „maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen“ hinzuweisen. Diese besagen in der Hauptsache folgendes:

Um das Eindringen unfähiger oder unfittlicher Personen in das Erziehungsgeschäft zu verhindern, sollen diejenigen, die in das Verhältnis eines Hauslehrers oder Erziehers oder einer Erzieherin zu treten gesonnen sind, sich zuvor mit einem Erlaubnis-schein in der königlichen Regierung versehen, in deren Bezirk sie eine solche Stelle annehmen wollen. Behufs Erlangung eines solchen Erlaubnis-scheines haben sie über ihre bisherigen Verhältnisse, insbesondere über die Fleckenlosigkeit ihres sittlichen und politischen Wandels genügende Zeugnisse durch den Kreislandrat oder in kreisfreien Städten durch die Polizeibehörde an die königliche Regierung einzureichen. Die Zeugnisse werden näher geprüft und nur den Personen, gegen die in sittlicher und politischer Hinsicht nichts zu erinnern ist, der Erlaubnis-schein ausgestellt. Die königlichen Regierungen sind ebenso befugt wie verpflichtet, allen denen, die sich über die Unbefugtheit ihres bisherigen Lebenswandels nicht genügend ausweisen können, sowie auch allen Ausländern, denen noch die Genehmigung des Ministers des Innern fehlt, so lange, bis die etwaigen Bedenken vollständig beseitigt sind, den zur Annahme einer Hauslehrerstelle erforderlichen Erlaubnis-schein zu versagen. Hauslehrer und Hauslehrerinnen sind dem Kreisinspektör, Hauslehrer und Erzieher, die zugleich Kandidaten der Theologie oder des Predigtamts sind, außerdem noch ihren geistlichen Vorgesetzten untergeordnet.

Könnte der Erlaß nicht ebenso gut im benachbarten Russenreiche verfaßt sein, mit dem „Wir“ jetzt wieder aufs neue innigste Freundschaft geschlossen haben? Um so ein Zeugnis „flecklosen politischen Wandels“ zu erhalten, wird einer, der sich eines solchen „Wandels“ nicht erfreut, zur Heuchelei gezwungen werden, das ist alles! Treffend bemerkt die Berl. Volksztg. zu diesem Erlaß: So was ist nur ... in Preußen möglich. Der Lehrer soll den Schüler wissenschaftlich unterrichten und ihn zu einem tüchtigen und brauchbaren Menschen erziehen. Was hat mit diesen Anforderungen die politische Haltung des Lehrers zu tun? Diese Bestimmungen passen vorzüglich zur Privatdozentenprozedur des Herrn Studt. Und in welcher Weise soll der angehende Hauslehrer nachweisen, daß er der landräulichen Approbation würdig sei? Etwa durch ein Abonnement auf die „Kreuzzeitung“ oder den „Reichsboten“? — Na der Tag der Rache wird kommen, nur Geduld. Herr Studt scheint gar nicht zu merken, daß das, was er jetzt tut, verdammte Ähnlichkeit hat mit dem jetzigen Vorgehen der russischen Regierung gegen die deutsche Wissenschaft in Dorpat. Nur Geduld — auch diese preußi-

schen Habybärte mit „flecklosem politischen Wandel“ werden noch ihr Port Arthur, aber auch ihr Moskau finden.

Preussische Bergreform.

„Keine Mißstände!“ lautete das Ergebnis des denkwürdigen Untersuchungskommissärs, die anlässlich des Streiks im Ruhrgebiet unter Mitwirkung der Organe der Regierung aufgeführt worden ist. Leider hat es nur kurze Zeit gedauert, bis durch schwere Unglücksfälle und zahlreiche Menschenopfer die Unwahrheit dieser Feststellung an den Tag gebracht und die Schuld der Betriebsleitungen wie der mangelhaften Staatsaufsicht festgestellt worden ist. Jetzt, nachdem das schwere Unglück die Beschwerden der „verheßten“ Arbeiter bestätigt hat, hat der Minister die Befragung sämtlicher Schächte behufs Nachprüfung der Sicherheitsmaßregeln angeordnet. Und selbst das Regierungsblatt, die „Nordd. Allg. Ztg.“, schreibt: „Das große Unglück auf der Steinkohlengrube „Borussia“, bei welchem 40 Bergleute infolge Außerachtlassens der elementarsten Vorsichtsmaßregeln um das Leben kamen, legt die Frage nach allerlei Schutzvorrichtungen im Betriebe unter Tage wieder besonders nahe.“ Von den einfachsten und sachgemäßesten Schutzmaßnahmen: der Anstellung unabhängiger, von der Belegschaft gewählter Kontrolleure, die durch Sachkenntnis und Unzugänglichkeit die von den Verwaltungen beliebten Vertuschungsversuche unschädlich machen und wirkliche Sicherheit gewährleisten würden, ist aber noch immer keine Rede. Wieviel tausende Opfer sollen noch qualvoll zugrunde gehen, bis der „Autorität“ der Betriebsinhaber diese wirkliche Reform abgezwungen wird? Inzwischen faßelt man von „allerlei Maßregeln“. Menschenfleisch ist freilich billig.

Marocco-Songwy.

Aus Paris wird uns geschrieben: Nach und nach erfährt man durch die Presse Näheres über den Streik in Songwy, worüber ich Ihnen bereits kurz berichtet habe. Der Streik entbehrt nicht allgemeinen Interesses und durch die Ausweisung des Genossen Cavalozzi hat er einen Charakter angenommen, der ein großes Schlaglicht auf die sogenannten nationalen Interessen wirft, die unsere Diplomaten zu schützen vorgeben.

Es sind erst wenige Tage her, da man in Berlin gar fürchtlich mit dem Säbel geräffelt hat, und die Hand, die ihn schon halb aus der Scheide gezogen hatte, um gegen den „Erschein“ mit gepanzerter Faust dreinzufahren, liegt noch am Säbelfort, bereit, die heiligsten Güter Deutschlands gegen gallische Unmähungen zu verteidigen. Was aber sehen wir nun? Hart an der deutschen Grenze bricht ein Streik aus, ein Streik, wie er brutaler vom Unternehmertum nicht vom Jann gebochen werden kann. Das internationale Kapital, das sich „seiner“ Arbeiter herholt, wo sie am billigsten und willigsten sind, hat dort aus diesen und andern Gründen Polen, Wälonen und besonders viel Italiener in seinen Diensten. Werden diese Leute unzufrieden, so findet sich leicht ein Grund, sie als lästige Ausländer über die Grenze zu befördern. — Ganz wie in Deutschland. Aber nicht nur, wenn sie „auffällig“ werden, sind sie lästig; lästig ist so ein Ausländer auch, wenn er in den kapitalistischen Betrieben ein Bein oder einen Arm leichtsinnigerweise einbringt hat, ohne zugleich pflichtschuldbig seinen beschränkten Untertanenverstand aufzugeben. In diesem Fall müßte das Unternehmertum Unfallunterstützung zahlen. Mit einem Ausländer, der meist der Landessprache nicht mächtig ist, hat es das Unternehmertum leicht. Er wird einfach, weil er der öffentlichen Armenpflege zur Last fällt, über die Grenze abgehoben und dann mag er sehen, wie er seine Unfallrente bekommt. Gar nicht zu reden von den vielen Klaffen, mit denen man die Ausländer, solange sie arbeiten, um ihren Lohn betrügen kann.

Am diesen Praktiken entgegenzuarbeiten und ihren heuchlerischen Landstrolächern im Auslande heizuzusetzen, hat sich mit dem Sitz in Mailand, eine aus Vertretern aller Parteien zusammengesetzte Gesellschaft gebildet. Diese Gesellschaft, „Societa Humanitaria“ eskandte in das Vordere von Songwy den Dr. Cavalozzi, einen Mediziner aus einer Familie, der ein Parteigänger Turatis ist, also jener Richtung angehört, die eine hohe preussisch-deutsche Regierung immer als nachahmenswertes Musterbeispiel vor Augen hat. Cavalozzi hat die ihm zugeordnete Aufgabe mit großem Geschick zu lösen gewußt. Er hat es verstanden seine Landsleute gewerkschaftlich zu organisieren, er ist mit Erfolg den anarchischen Bestrebungen entgegengetreten, er hat die gesetzlichen Ansprüche bei Unfällen sichergestellt und er hat auch die Zwistigkeiten unter den französischen und italienischen Arbeitern, die sich oft in blutigen Schlägereien äußerten, zu beizetigen verstanden, so daß der Spezialkommissar von Songwy zu jedem, der es hören wollte, sagte: „Seit

Cavalozzi im Basin von Longroy ist, haben wir Streitfälle, die vorher täglich zwischen Italienern und Franzosen stattfanden, nur sehr selten zu beklagen."

Durch Herabsetzung der Löhne um 25 Prozent wurden die Arbeiter mehrerer Eisenwerke in den Streit getrieben. Das Unternehmertum läßt sofort unter der „Führerschaft“ eines berichtigten Neugaten Streikbrecher herbeiholen, die mit geladenen Flinten versehen werden. Man beruft Generaldarmer, man beruft Militär und wieder Militär, auf einen Streikenden kommen jetzt 10 Mann der bewaffneten Macht. Umsonst; auch nach den schlimmsten Provokationen verbleibt die Arbeiterschaft, dank dem Einflusse Cavalozzis, ruhig. Cavalozzi wird nun ausgewiesen und er begibt sich nach Deutschland. Das ist den Unternehmern unangenehm, denn von der nahen lothringischen Grenze kann er mit den Arbeitern in ständiger Verbindung bleiben. Die Vorgänge, die nun folgen, entziehen sich der Öffentlichkeit. Hat der Baron Drey, der Vorsitzende des Kontors von Longroy, der dort die Rolle eines König Stumm zu spielen scheint und der, Blättermeldungen zufolge, Vorsitzender des internationalen Eisenkartells sein soll, — direkt bei der deutschen Regierung die Ausweisung Cavalozzis verlangt, oder hat er das unter Vermittlung der französischen Regierung getan, genug, die deutsche Regierung, die soeben die französische Regierung in die Schranken gefordert hat, jagt, Arm in Arm mit dem „Erbschind“, den Friedensstifter Cavalozzi über die Grenzen Deutschlands hinaus.

Die Diplomatie schlägt sich, die Diplomatie vertritt sich, je nachdem es das kapitalistische Interesse verlangt. Die Dividenden, das sind unsere heiligsten Güter. Nach allen Anzeichen scheinen aber die fürstlichen Freundesdienste Deutschlands nicht den gewünschten Zweck zu erreichen. Schon sind die Unternehmer in Unterhandlungen eingetreten und eine Firma hat die Forderungen der Arbeiter, Wiedereinführung des Tarifs vom Jahre 1902, Anstellung eines von den Arbeitern bezahlten Kontrolleurs zur Feststellung des Gewichtes des geförderten Erzes und vierzehntägige Lohnzahlung, angenommen. Jedoch zwei Unternehmer weigern sich die Arbeiter zu empfangen und diese erklären, nur geschlossen zur Arbeit zurückzukehren. Mag nun der Streit ausgehen wie immer, er hat uns den untrüglichen Beweis dafür geliefert, daß alle Tiraden von den nationalen Gütern eitel Humbug sind. Wirkliche nationale Interessen, die die Sprache, die Sitten, die Kultur eines Volkes berühren, werden jederzeit von unsern Regierungen mißhandelt, wenn es der Profit verlangt. Und wieder wenn es der Profit verlangt werden unsere Regierungen bereit sein, die Völker zur Schlachthaus zu führen, d. h. wenn sie sich führen lassen.

Sieg der italienischen Opposition.

Nach dreitägiger Debatte hat die italienische Regierung vor den Gegnern der Eisenbahnvorlage die Segel gestrichen. Die Sozialisten und Republikaner hatten bekanntlich beschloffen, mit allen Mitteln, auch mit der Obstruktion, die Vorlage zu bekämpfen und bereits waren 200 Anträge, über die namentlich abgestimmt werden sollte, dem Bureau eingereicht. Da entschloß sich die Mehrheit und das Ministerium zum Nachgeben. Der Ministerpräsident Fortis hielt eine Rede, in der er hervorhob, daß die mehrlägige Beratung die Angelegenheit sehr geklärt habe und daß die unstrittigen Beträge verhältnismäßig gering seien. Die Regierung verlange ein Vertrauensvotum, sei aber entsprechend dem Vorschlage ihrer Freunde aus verschiedenen Seiten des Hauses zu einer verständlichen Haltung bereit. Giannurco beantragte hierauf folgende Tagesordnung: Die Kammer spricht dem Ministerium ihr Vertrauen aus und erucht daselbe, die Frage der Zahlungen an die Mittelmeer-, Adriatische und Sizilianische Eisenbahngesellschaft nochmals in Erwägung zu ziehen, dabei die in der Debatte vorgebrachten Gesichtspunkte zu berücksichtigen und für die Zahlung der nicht unstrittigen Beträge zu sorgen. Fortis erklärte sich mit dieser Tagesordnung einverstanden. Der erste, das Vertrauensvotum enthaltende Teil wurde in namentlicher Abstimmung mit 268 gegen 112 Stimmen angenommen, der zweite in einfacher Abstimmung durch Erheben von den Seiten. Sodann vertagte sich die Kammer auf unbestimmte Zeit.

Die Fassung des angenommenen Autrages zeigt den Erfolg der Opposition. Man hat nur die nicht bestrittenen Beträge bewilligt, die standalösen Millionengeschenke sind aber abgelehnt und die Regierung ist beauftragt worden, über diesen Teil der Vorlage in neue Erwägungen einzutreten und die in der Debatte hervorgehobenen Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Der Erfolg ist also vollkommen auf Seite der Oppositionisten, hinter dem das gesamte Italien stand — ausgenommen vielleicht die Aktionäre der Eisenbahnen. Der „Avanti“ triumphiert denn auch. Er veröffentlichte gestern über den Ausgang der Parlamentsverhandlungen über die Eisenbahnvorlage einen Leitartikel mit der Ueberschrift „Die Flucht des Ministeriums“. Er begrüßt den Rückzug der Regierung als Sieg der sozialdemokratischen Partei, deren Obstruktion unabweislich gewesen sei, weil sie von der gesamten öffentlichen Meinung unterstützt worden sei. Der „Avanti“ hält das Ministerium für erschüttert. — Ein andres einflussreiches Blatt, die „Tribuna“, bringt einen heftigen Artikel gegen das Ministerium, dem die Ministerielle gram sind, weil es die Vorlage nicht durchzubringen verstand und die Volksparteien, weil es überhaupt eine solche Vorlage einbrachte. So kann es leicht kommen, daß das Ministerium Fortis noch nachträglich über die Eisenbahnvorlage jähzt.

Schweiz.

Der Züricher Regierungsrat legte dem Kantonsrat einen Gesetzentwurf vor, worin in Abänderung bestehender Bestimmungen des Gemeinderats das Recht eingeräumt wird, Frauen zu Mitgliedern von Schul- und Armenbehörden zu wählen. Den Frauen auch das

aktive Wahlrecht zu verleihen, hält der Regierungsrat noch für verfrüht. Die Meinung dürfte weder beim Kantonsrat noch im Volke auf Widerstand stoßen; von Frauenvereinen wurde sie schon öfter verlangt.

Bulgarien.

Aus Konstantinopel ist in Sofia die stark beunruhigende Nachricht eingetroffen, daß die Polizei drei hohe Beamte und alle Amtsdienere des bulgarischen Exarchats im Zusammenhang mit der Untersuchung über das Attentat auf den Sultan verhaftet hat. Die Regierung wurde von der Presse aufgefordert, das Bulgarentum zu verteidigen.

Serbien.

Die Stichwahlen zur Skupschtina fanden am Sonntag statt. Dabei erhielten die Jungradikalen bisher 3, die Ultradikalen 4 und die Nationalisten 2 Sitze. Die Jungradikalen haben nun 80, die Ultradikalen 54, die Nationalisten 14, die Liberalen 3, die Fortschrittler 4 und die Sozialisten 2 Sitze. Die parlamentarische Situation hat sich durch die Wahlen schwierig gestaltet.

Der russisch-japanische Krieg.

Vor den Friedens-Unterhandlungen.

Das Nennommen und Prahlen können doch die Russen nicht lassen und wenn ihre Lage noch so verzweifelt ist. So hat jetzt wieder Witte einem englischen Journalisten — wie dieser mittels drahtloser Telegraphie übermittelt — erzählt, er betrachte sich mehr als einen Kurier als einen Unterhändler. Er sei einfach von seinem kaiserlichen Herrn geschickt worden, um zu hören, unter welchen Bedingungen die Japaner bereit seien, den Frieden zu schließen. Der Sprecher der japanischen Friedensmission, Sato, bezweifelt die Genauigkeit der Wiedergabe des Gesprächs mit Witte, da seiner Ansicht nach der russische Minister ebenso wie der japanische Delegierte, Baron Komura, nicht als Kurier, sondern als Unterhändler mit weitestgehender Vollmacht innerhalb bestimmter Grenzen kämen und über bedeutsame Fragen am Konferenztisch entscheiden könnten, ohne den Rat ihrer Regierungen einzuholen. Auf Wittes angeblichen Anspruch, es wäre besser, wenn Japan und Rußland vor Einfindung der Delegierten schon die Basis eines Uebereinkommens festgelegt hätten, antwortete er, daß Rußland sich darum nicht bemüht habe.

Die Eroberung Sachalins.

Mit jener Sicherheit, welche alle japanischen Unternehmungen auszeichnet, fahren die Japaner fort, Sachalin zu erobern. Amlich wird berichtet: Die selbständigen Kavalleriestreitkräfte, die am Nachmittag des 27. Juli in Suifow einrückten, zogen sich infolge schwerer Unruhen, welche in der Stadt herrschten, in der darauf folgenden Nacht wieder zurück. Der linke Flügel der Armee begann am 28. Juli um 3 Uhr früh gegen Suifow vorzugehen um es in seine Gewalt zu bringen. Die Vorhut und die Kavallerie zogen, nachdem sie den Feind auf der Nordseite von Suifow angegriffen hatten, in die Stadt ein, wo es zu Straßenkämpfen kam. Um 8 Uhr vormittags war Suifow vollständig eingenommen. Der rechte Flügel der japanischen Sachalin-Armee hielt sich nach Befestigung der russischen Infanterie- und Artillerietruppen bei Wodernikowski hart auf den Fersen des Feindes, dessen Hauptmacht seit der Nacht zum 28. dieses Monats in Unordnung nach Süden zu floh. Die zur Verfolgung abgesandten japanischen Truppen stießen am 28. d. M. 8 Kilometer südlich von Suifow auf russische Infanterie in einer Stärke von 800 Mann, von denen 200 getötet und schließlich 500 Mann gefangen genommen wurden. Der Feind, der unserm rechten Flügel seit dem 27. Juli gegenüberstand, bestand aus 3000 Mann Infanterie und acht Geschützen. Während die feindlichen Truppen, welche dem japanischen linken Flügel gegenüberstanden, aus 2000 Mann Infanterie und vier Kanonen bestanden.

Diese schwache Truppe vermag vielleicht noch einige Zeit hindurch einen aussichtslosen Kleinkrieg fortzusetzen; an dber Tatsache, daß die Insel von nun an im unbetrittenen Besitze der Japaner ist, ändert das nichts mehr. Die japanische Heeresleitung kann jetzt unbesorgt an die Lösung der Aufgabe gehen, die sie mit der Landung in der Castries-Bai begonnen hat, nämlich den nördlichen Teil des sibirischen Küstengebietes nebst der Anurmündung in Besitz zu nehmen, wodurch Wladiwostok von Norden her abgesperrt und auch der russischen Hauptarmee ein Zufuhrweg unterbunden würde.

Letzte Nachrichten.

Sb. Petersburg, 1. August. Wie bekannt telegraphierte der Zar, als er den Verlust der Insel Sachalin erfuhr, an General Kurowski, um diesem sein Ertraumen auszudrücken über die ungenügende Verteidigung der Insel. General Kurowski antwortete, er habe alle Streitkräfte in der Mandchurien konzentriert und hoffe, dem Zaren bald mitteilen zu können, daß seine Armee jünger sei (?).

Sb. Petersburg, 1. August. Bei dem mandchurischen Dorf Kalsongka hat ein heftiges Gefecht stattgefunden, das mit dem Rückzug der Russen endigte.

Sb. London, 1. August. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio, daß die japanische Regierung bereits auf Sachalin eine Zivilverwaltung eingesetzt habe.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 1. August 1905.

Rationalliberales.

Ueber die Tätigkeit der nationalliberalen Partei in der Provinz Sachsen seit dem Herbst vorigen Jahres erstattet der Provinzialsekretär, Herr Braumann, Bericht in der „Magd. Ztg.“. Der Bericht beschäftigt sich vor allem mit den jüngstvergangenen Reichstagswahlen, bei denen „Erregungen“

zutage traten, die dem praktischen Politiker zu denken gegeben haben.“ Diese Erscheinungen sind: Das Zurückgehen der sozialdemokratischen Stimmen und die verhältnismäßig große Einigkeit im bürgerlichen Lager. Von der letzteren Erscheinung hat man allerdings bei der Nachwahl in Zerichow 1 und 2 und in Calbe-Nehersleben nicht viel gemerkt.

Der Bericht erkennt das auch an. Er schreibt über die Wahl in Zerichow 1 und 2:

„Als nach dem Tode des Fürsten Bismarck die Frage einer neuen Kandidatur fällig wurde, gelang es nicht, die bis dahin im Wahlkreise vereinigten Parteien der Konservativen und Nationalliberalen auf eine neue Kandidatur zu vereinigen, und zwar infolge des brüskierten Vorgehens von konservativer Seite. So trat denn seit langer Zeit die nationalliberale Partei in diesem Kreise wieder mit einem eignen Kandidaten hervor, obwohl sie sich der Schwierigkeiten bewußt war, die ihr entgegentreten würden, und obwohl sie keine auch nur nennenswerte Organisation besaß, auf die sie sich stützen konnte. Trotzdem gelang es ihr, bei einem Konkurrenzkampf von fünf Kandidaten über 3500 Stimmen sofort auf sich zu vereinigen und damit die Ansicht der Gegner, daß die nationalliberale Partei in Zerichow überhaupt keinen nennenswerten Anhang besäße, zunichte zu machen. Denn wenn sich bei einem so scharfen Konkurrenzkampf über 3500 Wähler zu einer Farbe bekennen, so heißt das mit andern Worten, daß das was eine echte Parteifreunde sind. In einem Kreise ohne Organisation sofort über eine solche Stimmenzahl verfügen zu können, gibt zu guten Hoffnungen für die Zukunft berechtigten Anlaß. Das Wahlergebnis hat das Mandat den Freisinnigen übergeben, und in konservativen Kreisen herrscht darüber große Entrüstung. Jedemfalls wird dieser freisinnige Sieg die Konservativen von Zerichow 1 und 2 darüber belehrt haben, daß sie in Zukunft nicht wieder abschlendern an einer Mittelpartei vorübergehen können, die mit 3500 Wählern immer den Ausschlag geben muß.“

Die Konservativen haben in der Tat die Nationalliberalen, als es sich um Aufstellung der Kandidaten für die Nachwahl handelte, en canaille behandelt, und es mag diesen eine gewisse Genugtuung bereiten, daß die antisemitische Kandidatur den Junker Brauchitsch aus der Stichwahl brachte, wodurch der Sieg der Freisinnigen herbeigeführt wurde. So wie wir die Konservativen kennen, werden sie bei der nächsten Wahl aber vor allem dafür sorgen, daß keine antisemitische Sonderkandidatur ihre Kreise stört, was gleichbedeutend damit ist, daß die Nachwahl wieder zwischen Konservativen und Sozialdemokraten stattfinden hat. Die Herren Nationalliberalen werden dann für den Junker in die Schranken reiten, auch wenn vorher mit Abschlendern an ihnen vorübergegangen wurde. Es gehört ja zu ihrer politischen Natur, immer die am treuesten zu unterstützen, die sie am meisten mißhandelt haben.

Ueber die Wahl in Calbe-Nehersleben meint Herr Braumann:

„Im Anfang der diesjährigen Wahl schien es, als ob alle bürgerlichen Parteien geschlossen und gemeinsam vorgehen wollten. Auch die freisinnige Partei, die in den früheren Wahlkämpfen im ersten Wahlgang einen eignen Kandidaten aufgestellt hatte, enthielt sich diesmal in anerkennenswerter Weise dieses Versuches. Da würde hätte sich die Kandidatur der Mittelstandspartei auf, deren Führer in durchaus lobaler Weise erklärten, daß sie zwar für ihren Kandidaten möglichst viel Stimmen zu erlangen suchen würden, daß sie aber, wenn auf den gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten mehr Stimmen fielen, die übrigen in der Stichwahl diesem zuführen würden. — Der Vorschlag erschien plausibel, und man gab sich in weiten Kreisen der Hoffnung hin, daß durch die Doppelkandidatur eine größere Zahl bürgerlicher Wähler im ersten Wahlgang an die Urne gebracht werden würde als sonst, und daß in der Stichwahl gegen den sozialdemokratischen Kandidaten der Sieg erfochten werden könnte. Das Wahlergebnis hat diese Annahme nicht bestätigt. Bei allem guten Willen der Führer der Mittelstandspartei war doch so manches Wort auch gegen den Kandidaten der vereinten bürgerlichen Parteien in den Wahlversammlungen gefallen (man denke an die bekannten Schlagworte vom Kapitalismus), und ein Teil der Mittelstandspartei leistete bei der Stichwahl nicht den Führern Heeresfolge, sondern ging in das sozialdemokratische Lager über. Selten hat wohl ein Wahlkampf mit deutlicherer Schärfe gezeigt, wie verhängnisvoll die Hervorhebung und Betonung auch nur kleiner Differenzen innerhalb der bürgerlichen Parteien werden kann, wenn es sich um den gemeinsamen Kampf gegen die Sozialdemokratie handelt. Man darf die Lehre daraus ziehen, daß es besser ist, mit einem Kandidaten zu arbeiten und damit von vornherein das Gefühl der Solidarität allen Wählern der bürgerlichen Parteien einzupflanzen, als mit zwei Kandidaten in der ersten Wahl allerdings vielleicht einige Wähler mehr zusammenzubringen, in der Stichwahl aber einen Teil der Wähler wieder abtrünnig werden zu lassen. So unlogisch es politisch auch ist, so fühlt doch ein gewisser Teil der Mittelstandsleute im letzten Ende sich immer noch mehr den kleinen Leuten zugehörig und hält als deren Vertreter die Sozialdemokraten für die geeignetsten. Wir haben bei der Reichstagswahl im Jahre 1898 in Magdeburg das selbe erlebt.“

So sehr unlogisch erscheint es uns keineswegs, daß die Mittelstandsleute den Sozialdemokraten als den geeignetsten Vertreter halten. Leider aber haben erst wenige unter ihnen eingesehen, daß ihre Interessen besser gewahrt werden von einem Sozialdemokraten als von einem nationalliberalen Großindustriellen, und die Heeresfolge der Sozialdemokratie aus diesen Kreisen ist daher noch sehr gering. Auch in Calbe-Nehersleben sind — wie das zahlenmäßige Ergebnis aus den einzelnen Bezirken zeigt — die Stimmen der Mittelständler in der Stichwahl zum größten Teil auf den Nationalliberalen übergegangen, ihren Sieg verdankt die Sozialdemokratie nicht der Unterstützung durch Wähler des Herrn Mahardt, sondern ihren eignen Heereven.

Den Schluß des Berichts bildet eine Aufforderung zu reger Organisations- und Agitationsstätigkeit, um die Partei zu der alten Stellung wieder zurückzuführen, die sie in der Provinz gehabt hat.“ Dabei erfahren wir, daß die Konservativen in Neuhaudensleben-Volmirstedt die Arbeit der Nationalliberalen in diesem Kreise mit unverhohlenem Mißtrauen betrachten. Sie meinen eben, die Nationalliberalen seien ihre Hörigen und so arg unrecht haben sie ja auch mit dieser Meinung nicht, wie die nationalliberale Praxis zeigt.

— Die Fleischbeschau auf dem Schlachthofe. Das Vierteljahr April-Juni ist der Bericht über den

Schon wieder eine russische Anleihe.

Als vor einem starken halben Jahr auf dem deutschen Geldmarkt eine russische Anleihe untergebracht wurde, da fehlte es nicht an Stimmen, die das deutsche Kapitalistenpublikum davor warnten, sein Geld in russischen Papieren anzulegen. Man trug diesen Stimmen insofern Rechnung, als man den Gläubigern ein Rückforderungsrecht zugestand, das sonst Inhabern von Rentenleihen nicht zugebilligt wird. Die Anleihe, die im Januar in Höhe von 500 Millionen Mark an der Berliner Börse zugelassen wurde, war nach Angabe des Prospekts dazu bestimmt, die finanziellen Hilfsmittel des Staates im Hinblick auf den Krieg zu verstärken. Daß Rußland nun schon wieder geldbedürftig ist, darüber braucht man sich nicht zu verwundern. Viel merkwürdiger ist die Beobachtung, daß abermals der deutsche Geldmarkt für die Aufnahme der neuen Anleihe präpariert werden soll. In Frankreich ist man den russischen Anleihebedürfnissen gegenüber schon weit zurückgefallen als bei uns in Deutschland. Das mag freilich zu einem Teil auch daran liegen, daß die Forderungen Frankreichs an Rußland ausnahmsweise hoch sind. In Frankreich sollen von russischen Anleihen allein 9 Milliarden Frank untergebracht sein, außerdem hat der französische Markt einen großen Besitz an russischen Eisenbahn- und Industripapieren. Im ganzen soll aus den genannten Werten Frankreich vielleicht an 14 Milliarden Frank zu fordern haben. Die französischen Kapitalisten haben alle Veranlassung, ihren Besitz an russischen Werten nicht weiter zu vermehren. In England und ganz besonders in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hält man sich dem russischen Geldbedürfnis gegenüber ganz und gar zurück. Es bleibt also schließlich nur der deutsche Geldmarkt, auf den Rußland seine Hoffnung setzt. Da von offiziöser Seite die finanzielle Lage Rußlands in günstigen Farben geschildert wird, vor kurzem sogar noch der vortragende Rat im Auswärtigen Amt Professor Dr. Carl Helfferich, der sich inzwischen zum Direktor der Anatolischen Bahn hat machen lassen, eine Studie zugunsten der Finanzen Rußlands veröffentlicht hat, so kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß man in Regierungskreisen der Aufnahme einer neuen russischen Anleihe durch den deutschen Geldmarkt recht freundlich gegenübersteht.

Da ist es denn äußerst dankbar zu begrüßen, daß auch die Schattenseiten der russischen Finanzlage einmal eingehender erörtert werden, wie dies in der vor kurzem erschienenen Schrift von Georg Bernhard „Armes reiches Rußland“ geschehen ist. Zwar ist Rußland nach Bernhard ein reiches Land, ja es ist sogar nicht einmal ausgeglichener, daß die schweren Sünden der russischen Bureaucratie bei vernünftiger Wirtschaft wieder gutgemacht werden könnten, aber dazu ist notwendig, daß die Staatsbürger einen Einblick bekommen in die Finanzgebarung, wie sie ist. Nicht aber darf ihnen ferner der bloße Anblick der in Rußland ja traditionell aufgerichteten Potemkinschen Kulissen genügen. Der natürliche Reichtum eines Landes hat einen Wert von wenig mehr als Null, wenn diese Reichtümer nicht rationell verwendet werden. Daß die autokratisch-bureaucratische Verwaltung des

russischen Reiches das Schlimmste befürchten läßt und daß den Gläubigern bei einem Fortbestehen dieser Verwaltung nach dem Kriege recht unangenehme Ueberraschungen bevorstehen können, sagt nur allzu deutlich der frühere russische Professor M. v. Neukner:

„Die Finanzverwaltung ist der Staat selbst im Vollbesitz seiner höheren Rechte. Indem sie sich verpflichtet, die Schulden zu bezahlen, macht sie für sich folgenden Vorbehalt: solange es im Interesse des Staates erforderlich ist! Es kann aber mitunter im Interesse des absolutistischen Staates liegen, die Tilgung der Schuld einzustellen, zu verändern oder aufzuschieben. Ein Staatsbankrott ist oft das einzige Mittel, um die Kauf- und produktiven Kräfte der absoluten Monarchie retten zu können. Und wenn eine solche finanzielle Scharlatanerie in den konstitutionellen Staaten dank der Kontrolle des Parlaments und dank der öffentlichen Meinung undurchführbar ist, so hat es damit in Rußland eine ganz andre Verwendung. Die absolutistische Bureaucratie kann in ihrem eignen Interesse sich sehr leicht für diesen schrecklichen Schritt entschließen. Ja, sie hat tausendfache Mittel, um nach und nach den Staatsbankrott zu bereiten, während nach außen hin alles in vorzüglicher Weise geordnet scheint, während offizielle Berichte alle möglichen Fortschritte, Mejerdefonds usw. verkünden.“

Bernhard ist der Ansicht, daß Rußland, das bereits während des Krieges rund eine Milliarde Rubel Schulden kontrahieren mußte, binnen ganz kurzer Frist weitere 2 1/2 Milliarden Rubel aufnehmen müssen. Das bedeutet aber ein Wachstum der russischen Verschuldung auf insgesamt beinahe 10 Milliarden Rubel. Was eine derartige Vermehrung der Schuldenlast bedeutet, das ersieht man daraus, daß seit 1887 die russische Anleihe Schuld um nur etwas mehr als anderthalb Milliarden vermehrt worden ist. Es betrug nämlich die

Jahr	Staatsschuld in Millionen Rubel	Jahrl. Zinsenlast in Millionen Rubel
1887	4973	280,9
1892	5389	243,2
1902	6480	286,5
1904	6636	289,3

Da Rußland die jetzigen Anleihen unter wenig günstigen Umständen aufnehmen muß, so wächst die jährliche Zinsenlast so rasch und bedeutend, daß Rußland weder für die Verzinsung noch erst recht nicht für die Amortisation seiner Schuldenlast eine Garantie übernehmen kann.

Man wird Mittel und Wege finden, das deutsche Kapitalistenpublikum aller ersten Mahnungen ungeachtet einzufangen, und das Risiko auf die abzuwälzen, die ohne eigenes Urteil sich bei der Anlage ihrer Kapitalien von denen gängeln lassen, die das geringste Risiko, aber den größten Nutzen von der Vermittlung ausländischer Anleihen haben.

Bekannt ist, daß Rußlands ältester und eifrigster Anleihenvermittler in Deutschland, Herr Wendelsohn, mit dem großen Schuldenmacher Witte über den vorigen Woche lange verhandelt hat und daß Herr Wendelsohn sich sofort von Herrn Witte nach Norden begeben hat, um im Interesse der Stimmung der deutschen Reichsregierung für eine russische Anleihe den Sommerurlaub des Fürsten-Reichskanzler zu föhren. Diejenigen, die für die Unterbringung einer russischen Anleihe auf den deutschen Geldmärkten bemüht sind, werden in der Kaiserzusammenkunft in den finnischen Küstenwässern eine Ermütigung ihres der deutschen Volkswirtschaft wenig nützlichen Strebens sehen.

Aus der Parteibewegung.

Zu Vollmars Enttäuschungstelegramm schreibt die „Münchener Post“: Mit frühlicher Genugthuung sehen wir die edle Gabe bürgerlicher Pressemacher über den Artikel unseres R. K.-Mitarbeiters „Unter dem Schlaghieb“, noch immer in schöner Enttäuschung toben. Die Konstatierung, daß dem belebtesten und abenteuerlichsten Kapitalismus ein Soldatenleben weniger wiegt wie das teure Leben irgend eines Bierstüblers, hat mit scharfem Weisheitschlage eine wunder Stelle getroffen, und nun schreit im Namen der Gefenutzwehnen die Horde aller Schmeiche — von 2 bis 25 Pfennig pro Zeile — ihr heiligtes „Ni! So weit so gut. Wenn die „kommenden Generale“ der bürgerlichen Presse gegen unsere „schlechten Ton“ toben, wissen wir jedesmal, daß wir auf dem rechten Wege sind. Indessen, der Fall hat noch ein kleines Ergebnis gezeitigt, von dem Notiz zu nehmen ist. Die „Tägliche Rundschau“, eines der stumpfsten kapitalistischen und chauvinistischen Organe Berlins, hatte, wie die von einem kleinen Münchner Jungliberalen häufig angelegenen „Leipziger Neuesten Nachrichten“, Vollmar als den Verfasser des R. K.-Artikels bezeichnet. „Herr von Vollmar hat einen Artikel geschrieben . . .“, „Vor seinem Ange stand . . .“, „So lehrt uns Herr von Vollmar . . .“, „Die sozialdemokratische „Münchener Post“ des Herrn von Vollmar . . .“ usw., so lasen sich die Stellen, in denen wider besseres Wissen Vollmar die Autorität zugeschoben wurde.

Vollmar hat sich Vollmar in einem Telegramm an die „Tägliche Rundschau“ gewandt, in dem er, ohne irgendwie materielle Stellung zu dem Artikel zu nehmen, lediglich die Behauptung des früheren (und jetzigen?) Berliner Hoensbüsch-Organs, daß der Artikel von ihm sei, als „Erfindung“ bezeichnete.

Wir hätten es freilich für richtiger gehalten, wenn Vollmar, anstatt auf das Toben der Heuchlerbande hereinzufallen, uns um die — übrigens schon durch das Zeichen des unheilvollen Artikels gegebene — Bestätigung erucht hätte, daß er der Verfasser nicht sei. Eine Meinung, die auch von der gesamten Parteipresse geteilt wird. Und welches Entgegenkommen seine eilige Antwort an die „Tägliche Rundschau“ gefunden hat, darüber wird ihn ein Blick in die Gazetten des bürgerlichen Wohlstandes inzwischen belehren.

Die Reichstags-Kandidatur für Hagen-Schwelm. Das „Hamburger Echo“ schreibt: Durch die Parteipresse läuft augenblicklich eine Notiz, die inhaltlich zuerst in der sechsmaligen „Hagener Zeitung“ erschien, daß Genosse Dr. W i c h e l s - M a r b u r g als Reichstagskandidat für Hagen-Schwelm aufgestellt worden sei. Die Notiz ist, wie erklärt wird, mindestens verächtlich; gewiß ist Dr. Michels für die Kandidatur in Vorschlag gebracht worden, aber eine Beschlußfassung darüber hat vorläufig selbst in der engeren Kommission noch nicht stattgefunden. Ohne gegen die Person von Dr. Michels irgend etwas einzuwenden zu können oder zu wollen, müssen wir doch sagen, daß ein im Kreise tätiger und mit der agitatorischen Kleinarbeit vertrauter Genosse, wenn er auch des schmückenden Titels entbehrt, uns als Kandidat geeigneter erschiene. —

Gewerkschaftsbewegung.

An die Arbeiter der deutschen Gaswerke!

Die erste Konferenz der deutschen Gasarbeiter, welche 1903 in Berlin stattfand, faßte den Beschluß, daß für die Gasarbeiter des Innenbetriebs überall der Achtundtag, also der Dreizehntag, an Stelle des herrschenden Zweizehntages, gefordert werden soll. Ebenso sei für die Arbeiter des Hofes, des Rohrnetzes, der Installation, der öffentlichen und zivilen Beleuchtung usw. eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit zu erstreben.

Die Kollegen einiger Städte sind unterdessen auf Grund dieser Beschlüsse vorgegangen und es ist ihnen an mehreren Orten gelungen, den Achtundtag für die Arbeiter des Innenbetriebes zur Durchführung zu bringen, so in letzter Zeit z. B. in Chemnitz, Bamern und Wiesbaden.

Weitere Informationen über die Familie als diese hatte die Frau des Arztes dem Professor nicht zu bieten vermocht, dem Beamten lag indessen daran, das junge Mädchen und ihre Verhältnisse näher kennen zu lernen, sowie ihren jetzigen Aufenthalt auszukundschaften. Wen aber sollte er fragen? Der Portier stellte sich ihm als neuer Mann vor, der noch nicht zwei Monate im Hause sei, die Besitzer des Gebäudes hatten, wie er aus derselben Quelle erfuhr, in den letzten Jahren mehrmals gewechselt.

„Nur der Wirt im Hofe unten“, fügte der Portier hinzu, „wohnt schon viele Jahre da. Vielleicht erfahren Sie dort etwas.“

Ohne Zögern konnte der Professor diesen Wink und betrat die Destille. In Betracht der Tageszeit — es war um die dritte Nachmittagsstunde — traf er es glücklich, denn in dem rauchigen Hofe fand sich außer ihm nur noch ein einziger Gast, ein Herr, der eifrig in den neuesten Zeitungen studierte und von dem nicht zu befürchten war, daß er dem neuen Ankömmling und seinem Beginnen besondere Aufmerksamkeit schenken würde.

Leider überzeugte sich Rodbert bald, daß mit dem Wirt, der ihm das bestellte Glas Bier kredenzte, nicht viel anzufangen sei; er schien ein mürrischer, verdrehter, galliger Geißel, dessen gelbes, mageres Gesicht keine ansprechenden Charaktereigenschaften physiologisch erklärte. Von ihm erfuhr der junge Jurist weiter nichts, als daß die Witwe mit ihrer Tochter tatsächlich im Hause geblieben habe.

„Ist sie schon lange ausgezogen?“
 „Sie ist gar nicht ausgezogen, sie ist gestorben.“
 „Gestorben? Schon vor längerer Zeit?“
 „Vor etwa anderthalb Jahren.“
 „So so — und die Tochter?“
 „Fortgezogen.“
 „Wissen Sie, wohin?“
 „Bedauere, nein — ich bekümmere mich grundsätzlich nicht um anderer Leute Angelegenheiten.“

(Fortsetzung folgt.)

Fenilleton.

Redaktion verboten.

Doktor Ohlhoffs Geheimnis.

Roman von Friedrich Thieme.

(16. Fortsetzung.)

Herr Professor, stürzen Sie sich nicht eine Unschuldige ins Unglück!“ jagte Frau Doktor Ohlhoff. „So unschuldig mein Mann an sich ist, so hat sie doch in ihrer Einbildung durch ihn unrecht gelitten — die Arme mag in der Tat gelitten haben. Es sollte mir unendlich leid tun, wenn sie jetzt noch, nach Jahren, die vielleicht bitter bereute Uebereilung zu hart —“

Der Professor schüttelte den Kopf.

„Keine Sorge, gnädige Frau — ich werde so vorsichtig und zartfühlend zu Werke gehen, wie nur möglich. Sie erlauben mir, den Brief an mich zu nehmen?“

Frau Doktor Ohlhoff neigte zustimmend das Haupt. Rodbert, endlich mit der Aussicht einer Spur vor sich, hielt sich keinen Augenblick länger auf, als die rasche Prüfung der noch restierenden Briefe erforderte. Eine halbe Stunde später trat er mit der ihm von Sophie bereitwillig mitgeteilten Adresse der damaligen Wohnung der Witwe Wäder in der Tafel, den Gang nach der ihm bezeichneten Straße an. Ein neues Gefühl von Hoffnung schwellte die Brust des jungen Mannes, Hoffnung, vielleicht doch noch Licht in das Dunkel des Geheimnisses zu bringen, dem gegenüber bisher all sein Eifer und Scharfsinn versagte.

„Wenn nicht ein Nachsatz vorliegt,“ sprach er zu sich selbst, „was soll sonst für ein Motiv in diesem Falle vorhanden sein?“

Und hastig sprang er auf den Perron eines gerade vorüberfahrenden Straßenbahnwagens.

Mit einem bestimmten Ziele seines Strebens vor sich, ist der Mensch ein anderer, als wenn er unsicher und ohne Pfad in der Stre herumirrt. Die Gewißheit eines, wenn auch nur eingebildeten Ziels, verleiht ihm die Sicherheit, welcher der Erdensohn bedarf, wenn er nicht an seinem Leben, an seinem Können und Tun, oder in einem besondern Falle an seiner Sache verzweifeln will. Rodbert befand sich in dieser

Lage. In seinem neu erwachten Mut und Eifer erkannte er die Richtigkeit der oft gehörten und gelesenen Sentenz. Allerdings glaubte er auch bis dahin keine Obliegenheit vermäunt zu haben, welche die Lösung seiner Aufgabe erforderte, mit der Kenntnis jenes Briefes aber kam ein ganz anderer, ein neuer Geist über ihn, ein erhöhtes Interesse an der Verfolgung seines Zwecks, das sich nicht nur in dem konzentrierten, angespannten Ausdruck seiner grauen Augen manifestierte, sondern auch in einer vermehrten Elastizität seines Gehirns in gesteigerter Denk- und Urteilskraft.

Die damalige Wohnung des Doktors hatte sich auf der Behrenstraße befunden, näher dem Zentrum der Stadt. Der Berg kam damals noch nicht zum Propheten, und der Prophet mußte sich dem Berge nähern. Doktor Ohlhoff mußte es dem hochwohlwollenden Publikum so lange bequem machen, bis sein Renommee in höherem Maße anziehend wirkte, als die von den Genesungsuchenden auf dem Wege zu ihm überwindenden Hindernisse dieselben abzustößen vermochten.

Frau Wäder hatte eine der großen Halbetagen des zweiten Stocks innegehabt, deren meiste Zimmer — da das Logis für sie allein zu geräumig war — sie an junge Kaufleute oder Studenten zu vermieten pflegte. Ihre Pension, wenn auch nicht allzu bedeutend, hätte wohl hingereicht, Mutter und Tochter anständig zu ernähren, die Kosten einer so eleganten und ausgedehnten Wohnung hätte sie aber davon natürlich nicht bestreiten können. Nun mochte die Dame jedoch, als Jannys Vater wenige Jahre später das Zeitliche segnete, die bis dahin benutzten und ihr liebgewordenen Räume nicht verlassen, außerdem war die erforderliche Einrichtung einmal vorhanden, deren Verkauf gewiß mit erheblicher Einbuße verbunden gewesen wäre. Die Witwe griff deshalb zu dem in derartigen Fällen gebräuchlichen Ausweg — sie vermietete einen Teil ihrer Behausung, um den andern dadurch zu behaupten. Der mit dieser Art des Erwerbes verbundene Nerger war die Ursache, daß sie in der Folge die Gelegenheit mit Freuden ergriff, ihre drei Zimmer im gangen an Doktor Ohlhoff abzugeben, der in denselben und indem er noch den großen Korridor für die Dienste eines Wartezimmers in Anspruch nahm, seine ärztliche Wirkamkeit eröffnete.

In dem allergrößten Teil der deutschen Gewerke besteht noch die sehr resp. zwölfteinständige Dienstzeit. Unter diesen Verhältnissen haben aber die interessierten Arbeiter schwer zu leiden.

Die Erkränkungsstätten übersteigen bedeutend das normale Maß. Rheumatismus und Krankheiten der Atmungsorgane sind an der Tagesordnung, ganz abgesehen davon, daß physisch schwere Arbeit und lange Dienstzeit auch nicht ohne schädigenden Einfluß auf das Familienleben und das sonstige Verhalten der Arbeiter — übermäßiger Alkoholgenuß usw. — bleiben kann.

Mit Freuden können wir es daher begrüßen, daß sich nun endlich auch eine amtliche Stelle gefunden hat, welche die große Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung und demnach die Berechtigung unserer Forderungen anerkennt. Die Stadtverwaltung in Königsberg i. Pr. gab vor kurzem einen Bericht heraus, der in ausführlicher Weise betont, daß sie mit der verkürzten Arbeitszeit in ihrem Gaswerk — Achtstundentag für den Innendienst, Neunstundentag inklusive Banen für die sonstigen Beschäftigten — die denkbar besten Erfahrungen gemacht hat.

In diesem Bericht heißt es unter anderem: „Die bestehende Arbeitseinteilung hat sich bisher bestens bewährt, sowohl hinsichtlich des technischen Erfolges als auch mit Rücksicht auf Kosten und Disziplin.“

Ferner: „Nach der Ansicht des gesamten Betriebsaufsichtspersonals zeigen die bisherigen Erfahrungen mit der abgekürzten Arbeitszeit, daß die Arbeiter oft ausgesprochene Erwartungen, daß Arbeiter durch eine längere freie Zeit keine Vorteile für ihre gesamte Lebenshaltung erlangen und nur dem Alkohol tiefer verfallen, daß diese Erwartung bei der Gasanstalt durchaus nicht erfüllt ist.“

Auf Grund aller dieser Tatsachen fordern wir hiermit die Arbeiter der deutschen Gewerke, soweit sie noch unter den alten Verhältnissen arbeiten, auf, die Beschlüsse der ersten deutschen Gasarbeiter-Konferenz zur Durchführung zu bringen und den in Betracht kommenden Stellen die Forderung auf Einführung des Achtstundentags für den Innendienst und des Neunstundentags für die übrigen Arbeiter zu unterbreiten.

Um für diese Bewegung die entsprechende Propaganda betreiben zu können und für alle sonstigen Eventualitäten, die sich bei der Durchführung unserer Forderungen als notwendig erweisen sollten, gerichtet das zustehen, haben wir angesichts unserer minimalen Verbandsbeiträge beschlossen, einen „Achtstundentagsfonds“ zu schaffen, der sich auf der Grundlage freiwilliger Beiträge aufbaut.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Verbandskollegen allerorts in die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit eintreten und sich fleißig an den Sammlungen für den Achtstundentagsfonds beteiligen werden.

Alle Anfragen bezüglich notwendiger Versammlungen, etwaiger Eingaben usw. bitten wir an unsere Zweig- resp. Lokalbureaus oder an die unterzeichnete Geschäftsstelle des Verbandes zu richten.

Für den Vorstand des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben Beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten:
Dr. Boersch.

Berlin W. 57, Bülowstraße 21.

Die Arbeiterblätter werden am Abdruck ersucht.

Ein allgemeiner Ausstand der Dachdecker, Bauklempner, Installateure und Kupferschmiede ist in Köln ausgebrochen. Die Unternehmer hatten eingereichte Forderungen mit der Vorlage eines Lohnarbeits beauftragt, den die Arbeiter für undiskutabel erklärten.

Maurerstreik an der Saalburg. An den kaiserlichen Bauten zur Wiederherstellung der Saalburg bei Homburg v. d. Höhe haben die Maurer wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fern zu halten.

Zur Baugewerks-Aussperrung in Rheinland-Westfalen. In Witten fand gestern die Versammlung des rheinisch-westfälischen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe statt, die Stellung nahm zu den Essener Einigungs-Verhandlungen zur Beilegung des Streiks im Baugewerbe. Nach 3 1/2 stündiger, geheimer Verhandlung wurde beschlossen, bis 1. April 1906 keine Lohnhöhung zu bewilligen. Man sei aber geneigt, in Verhandlungen einzutreten über eine eventuelle Lohnhöhung ab 1. April 1906. Es erscheint fraglich, ob auf Grund der Beschlüsse des Arbeitgeberbundes eine baldige Einigung zu Stande kommt.

Zur angekündigten Metallarbeiter-Aussperrung in Schlesien. Der Verband schlesischer Metallindustrieller erklärt, daß er der Forderung eines Lohnarbeits den äußersten Widerstand entgegenzusetzen und vor der Maßregel einer Aussperrung der Arbeiter und, wenn es sein muß, vor der Schließung der Betriebe nicht zurückweichen würde. Keine der Fabriken, auf deren Zuständigkeit sich die Arbeitnehmer in ihren Versammlungen berufen, um die Annehmbarkeit ihrer Forderungen damit darzutun, habe den Lohnarbeits, dessen Unannehmbarkeit bei sämtlichen Arbeitgebern außer Zweifel steht, anerkannt.

Die Einführung einer Lohnklausel hat, wie die „Volkzeitung“ mitteilt, die Reichspostverwaltung beschlossen. Sie hat zum Schutze der von den Lieferanten der Post beschäftigten Arbeiter in die Lieferungsverträge die Bestimmung aufgenommen, daß den Arbeitern mindestens der ordentliche Durchschnittslohn gezahlt werden muß. Der Unternehmer ist verpflichtet, der Verwaltung alle erforderliche Auskünfte zu erteilen, bis zu deren Vorliegen diese die Zahlung verweigern kann. Ebenso ist die Verwaltung berechtigt, falls der Unternehmer die Verpflichtungen gegen seine Arbeiter oder die für ihn tätigen Handwerker nicht ordnungsmäßig erfüllt, aus seinem Entgelt unmittelbar die Zahlung zu leisten. Lohnlisten und sonstige Unterlagen hat der Unternehmer zu diesem Zwecke einzureichen, hat sich auch in einer bestimmten Frist über die Forderungen der Verwaltung gegenüber zu erklären. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist wird seine Anerkennung der Forderungen vorausgesetzt.

Diese Maßnahme ist begründbar. Sie stellt den ersten Schritt auf dem Wege zur Sicherung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, den die staatlichen und Gemeindebehörden zu gehen verpflichtet sind, dar. Weiter ist zu fordern die Verpflichtung der liefernden Unternehmer zur Vereinbarung von Arbeits- und Lohnarbeits, eventuell zur Zahlung der Gewerkschaftsbeiträge — kann doch der durchschnittliche ordentliche Lohn ein Hungerlohn traurigster Art sein und ist es oft genug, ferner die möglichste Beschleunigung der Hausindustrie u. a. Inwieweit sei auch dieser erste Schritt mit Anerkennung erwähnt und den übrigen Behörden zur Nachahmung empfohlen. Namentlich die Sicherung des verdienten Lohns wegen Zahlungsunfähigkeit und Böswilligkeit des Unternehmers ist wertvoll.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Am Sonntag den 20. August, von 11 1/2 Uhr vormittags ab, findet in Stendal im Lokal des Herrn Wendt, Elisabethstraße 3, eine Kreisversammlung statt.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Bericht des Vertrauensmanns.
2. Bericht der Delegierten.
3. Stellungnahme zum Parteitag in Jena. (Referent: Genosse Wender-Magdeburg.)
4. Wahl eines Delegierten zum Parteitag.
5. Agitation und Presse.
6. Kalenderagitation und Verschiedenes.

Laut Beschluß vom Jahre 1903 sind die einzelnen Orte berechtigt, auf je 500 der bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmen einen Delegierten zu entsenden. Angefangene 500 zählen für voll.

In den Orten, wo Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins vorhanden sind, haben diese unverzüglich die Wahl der Delegierten vorzunehmen. In den Orten, wo nur einzelne oder keine organisierten Genossen vorhanden sind, ernannt der Vertrauensmann die Delegierten. Die Delegierten sind mit einem Mandat zu versehen. Der Vorstand des Stendaler Wahlvereins hat nur beratende Stimme.

Der Vertrauensmann
des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Stendal
und Umgegend.

Gr.-Osterleben, 31. Juli. (Das Gewerkschaftsfest), das am Sonntag stattfand, ist großartig verlaufen. An dem Umzuge nahmen etwa 1000 organisierte Arbeiter teil. Jede Organisation trug ihren Reigen ein. Transparente waren. Genosse Weins hielt die Festrede, der reichlicher Beifall gezollt wurde. Die Festteilnehmer verteilten sich auf die beiden Lokale von Strumpf in Gr.-Osterleben und Schulte in Bismarcksdorf. In nur diese beiden Lokale der Arbeiterklasse zur Verfügung stehen, waren sie so voll besetzt, wie nie zuvor. Es sei darum hier auch der Wunsch wiederholt, daß sich die Arbeiterklasse in m. e. besten eingeordnet ist, welche Lokale ihr zur Verfügung stehen, wenn das Bedürfnis in ihnen aufkommt, ein Lokal aufzusuchen.

Groß-Osterleben, 1. August. (Der Konsum-Verein) hier selbst hielt am 29. Juli eine ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem vom Geschäftsführer Köpfe gegebenen Bericht geht hervor, daß die Fortentwicklung des Vereins als gute zu bezeichnen ist. Der Umsatz hat gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um 7350 Mark zugenommen. Die von Hohenbodelöcher Mitgliedern beantragte Errichtung einer Verkaufsstelle in Hohenbodelöcher wurde genehmigt, nachdem festgestellt war, daß eine genügende Beteiligung vorhanden ist. Dann wurde eine Lohnhöhung für den Küchler Stage beschlossen. Auf den Bericht vom Unterverbandsrat in Dessau wurde wegen der vorgerückten Zeit verzichtet.

Mühlstedt, 1. August. (Ueber „Die Revolution in Rußland“) — Der Genosse Holzappel am 29. Juli in einer zahlreich besuchten Versammlung. Die Ausführungen des Redners, der die Entfaltung wie den bisherigen Verlauf der russischen Revolution an Hand zahlreicher Materialien darlegte, fanden lebhaften Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt. Am Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende auf, sich den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen anzuschließen, die Parteipresse zu abonnieren und die bürgerliche Presse aus der letzten Arbeiterwohnung zu entfernen.

Afen, 31. Juli. (Der öffentliche Pranger.) Der Magistrat veröffentlicht die Liste der Personen, die von der Gemeinde Armenunterstützung empfangen. Für diese Maßnahme, die den Armen der Armen die Armut zur Schande anrechnet, gibt es absolut keinen ersichtlichen Grund. Wenn dem aber so ist, warum kehren diese Veröffentlichungen regelmäßig wieder? Ist es nicht für die Unterhaltungs-empfangen schon niederdrückend genug, daß sie die Armen anderer hinhinnehmen müssen, um ihr langes Leben zu fristen? Die Stadt hat auch ihre Leute nicht wissen lassen, was die rechte Tat. Die psychischen und auch die rechtlichen Folgen der Armenunterstützung sind schon gerade weitgehend genug, so daß es nicht nötig wäre, dem noch obendrein durch die Veröffentlichung dieser „schwarzen Liste“ die Krone aufzusetzen. Die Gemeinde hat die Pflicht, hilfsbedürftige Gemeindeglieder zu unterstützen. Das hat aber in einer Weise zu geschehen, die möglichst wenig verlegend wirkt. Die Veröffentlichung ist aber nichts anderes als ein Peitschenhieb, den man der Armut versetzt.

Bismarck, 30. Juli. (Im Waschbas ertrunken.) Das 2-jährige Töchterchen der Witwe Wolter fiel in einem unbewachten Augenblick in einen Waschtopf und ertrank.

Burg, 1. August. („Tageblatt“ und Aussperrung.) Der fällige Artikel gegen die Arbeiterbewegung ist wieder erschienen. Diesmal befaßt er sich mit der in Aussicht stehenden Metallarbeiter-Aussperrung in Breslau. Nachdem die großen Lohnbewegungen in der Metallindustrie in Bayern und der Unterweiser beendet sind, schreibt das „Tageblatt“, haben die Agitatoren Breslau als den Schauplatz neuer Lohnkämpfe auserkoren. Daraus geht also zur Genüge hervor, daß die „Blindlings“ den Befehlen ihrer Führer gehorchenden Arbeiter von diesen gewissenlosen Agitatoren — zu deutsch Hecken — aufgewiegelt sind, um aus purem Neid aus Forderungen zu stellen, deren Bewilligung der ohnehin schon gar arg geplagten Unternehmern unmöglich war. Noch irriter ist es, wenn Forderungen gestellt werden, die sich nicht auf Lohnhöhen beziehen, sondern auf Einführung von Tarifverträgen; das ist ein kapitalverbrechen und kann nur mit der Aussperrung aller in der betreffenden Branche in Betracht kommenden Arbeiter gesühnt werden. Noch dazu, wenn, wie es hier der Fall ist, die Unternehmer „ein weitgehendes Entgegenkommen gezeigt haben“, die Arbeiter jedoch „herzlich auf ihren Forderungen bestanden, woraus zu ersehen ist, daß dieselben blindlings den Befehlen ihrer Führer folgen.“ Mit „Bauern“ setzen sich natürlich die Unternehmer gezwungen, den „richtig erwogenen“ Beschluß zu fassen, die Metallarbeiter auszusperrten. Im Punkte Verschimpfungen hat das „Tageblatt“ schon Erkelliches geleistet. Von einem Blatt, das mit den Unternehmern durch dick und dünn geht, kann man ja auch nichts anderes verlangen. Es ist doch zu bedauern, daß sich Agitatoren Breslau als den Schauplatz neuer agitatorischer Kämpfe auserkoren haben. Allerdings der alte Unternehmerröhrchen. Wenn die von den organisierten Arbeitern angeführten Beamten für die von den Arbeitern gestellten Forderungen eintreten, so ist dies nach den Deduktionen des „Tageblatts“ Heerei, der die „Blindlings“ gehorchenden Arbeiter zum Opfer gefallen sind. Dem „Tageblatt“ ist es ja vor allen Dingen darum zu tun, die noch nicht organisierten Arbeiter davon abzuhalten, einer Organisation beizutreten, damit die Unternehmer willenslos und gefügig der Forderungen beistehen, die sich mit allem zu tun geben, was ihnen geboten und gegeben wird, und fesseln das hohe Lied der Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu singen wissen. Daher auch die Vorliebe des „Tageblatts“ für „Arbeitswilligkeit“. Die Forderung der Arbeiter, Tarifverträge abzuschließen, ist natürlich ein unerhörtes Verlangen seitens der Arbeiter, da doch der Unternehmer nur allein wissen kann, was für die Arbeiter aus dem ist und was nicht. Ohne Frage zeigt es von Verwegenheit herzugehen, wenn sich Arbeiter erlauben, Tarifverträge abzuschließen zu wollen, wodurch auf längere Zeit Lohn- und Arbeitsbedingungen u. s. w. schriftlich festgelegt sind. — zum Nutzen beider. Natürlich verdrängt es in gewissen Kreisen fast, daß die Arbeiter an dem, was sie für recht erkannt haben, auch mit aller Energie festhalten und auch dafür eintreten. Und wenn sie dann von dem ihnen gesetzlich zustehenden Recht, sich zu lokalisieren, Gebrauch machen, um sich aus dem Bereich zu schaffen, denn ist dieses nur darauf zurückzuführen, weil sie von gewissenlosen Agitatoren berührt sind. Das ist die Logik des „Tageblatts“. Noch mehr sollte verdienen, diese diesem Blatt wider Erwarten. Wenn sich jetzt organisierte Arbeiter an solcher geistigen Kraft haben, durch die sie täglich beschäftigt werden, dann darf man sich allerdings nicht wundern, wenn sie dieses Blatt solche Angriffe erwidern; was es doch sehr genau,

was es seinen Lesern bieten kann. Hinaus mit ihm aus den Arbeiterwohnungen, ist die richtige Antwort! —

Burg, 1. August. (Vorsicht beim Pilsesuchen.) Jetzt zur Zeit der Pilze kann gar nicht genug davor gewarnt werden, vorsichtig beim Einkauf sowie beim Einnehmen der Pilze zu sein. Schon oft hat solche Unvorsichtigkeit oder Unkenntnis schweres Unglück heraufbeschworen, weil giftige Pilze für essbare genossen wurden. Eine hiesige Wertmeisterfrau hatte bei der Zubereitung von Pilzen von diesen giftigen und erkrankte darauf an Vergiftungserscheinungen. Sofort in Anspruch genommene ärztliche Hilfe beseitigte die Lebensgefahr. Also nochmals, Vorsicht! —

Orbelegen, 1. August. (Brandunglück.) Von einem schweren Brandunglück ist, wie der „Mitt.“ berichtet, die kleine Ortschaft Sülpe bei Solzpe, Bahnstation an der Berlin-Lehrter Bahn, heimgeschlagen worden. Eine Feuerbrunst legte drei Wohnhäuser samt den Wirtschaftsgebäuden in Asche. Leider ist bei der Katastrophe auch der Verlust eines jungen Menschenlebens zu beklagen, ein Säugling, der erst eine Viertelstunde vor dem Auskommen des Feuers das Licht der Welt erblickte, wurde von den Trümmern erschlagen, die Gebarmutter, die ihn retten wollte, schwer verletzt. —

Duchlinburg, 30. Juli. (Todessturz.) Durch Sturz aus einem Fenster des zweiten Stockwerks zog sich die Witwe Wesen so schwere Verletzungen zu, daß sie nach wenigen Stunden starb. —

Schnöbeck, 1. August. (Ein weites Feld) zur fruchtbareren Verwertung auf dem Gebiete des Vereinswesens ist hier in Schnöbeck bedacht worden. In einer hiesigen Zeitung konnte man folgendes Inserat lesen: „Behufs Gründung eines Hermann-Klubs werden diejenigen auf den Namen Hermann Gelaufen, welche gewillt sind, beizutreten, gebeten, sich heute, Sonnabend, abend 8 Uhr im Gasthof zur „Eisenbahn“, Frau Giese, einzufinden. Um rege Beteiligung bitten die Einberufer.“ Wie lange noch und wir haben für jeden Namen einen Verein und man wird auf jeden mit Fingern zeigen, der nicht seiner Berufs- pardon Namensorganisation angehört! —

Stahlfurt, 30. Juli. (Die Budauer Fabrik.) Unterm Datum des 21. Juli erhielten wir folgendes Schreiben:

Gehrier Herr Redakteur!
Ihre in der „Magdeburger Volksstimme“ (Nr. 166) enthaltenen Mitteilungen über die Ammoniakfabrik Stahlfurt halte ich für übertrieben und bitte um Aufnahme folgender Erwiderung: Daß die Sodafabrik in schlechtem Ruf steht, wird gewiß nur von sehr wenigen behauptet; im Gegenteil, viele, die von der Budauer abgegangen, sind gerne wiedergekommen und haben ausdrücklich behauptet: Auf der Budauer ist es am schlechtesten noch lange nicht. Auf Schutzeinrichtungen und Sicherheitsmaßnahmen wird gerade auf der Sodafabrik ein großes Gewicht gelegt, doch kann dadurch ein gänzlichliches Verhüten von Unfällen nicht herbeigeführt werden, was jeder, der einen Großbetrieb kennt, zugeben muß und wird, zumal wenn er weiß, daß mancher Arbeiter nur durch äußerste Strenge zum Gebrauch der vorhandenen Schutzeinrichtungen angehalten werden kann. An Stellen, wo offene Riemens laufen, ist überhaupt den Leuten die Passage untersagt. Was die Gas- und Umkleidekammer anbelangt, so sind das allerdings keine Salons, haben sich aber gegen früher bedeutend verbessert und sind fast sämtlich mit Dampfheizung, andernfalls mit Defen versehen. Zeit zum Reinigen der Räume haben die Leute stets, auch ohne ihre Schuppen dazu in Anspruch zu nehmen. Etwas berechnigte Wünsche wären auch ohne weiteres berücksichtigt worden. Zur Verhütung der Staubbildung sind Anlagen vorhanden, doch ist eine völlige Beseitigung dieses Uebelstandes nicht durchführbar. Diejenigen Postenleute, welche auch während der Mahlzeiten ihre Arbeit zu versehen haben, haben so viel Pausen, daß ihnen die zu beanspruchende freie Zeit nicht gekürzt ist. Wenn sie Limonade holen wollen, haben sie bestimmt auch dazu Zeit. Das Verabfolgen der Limonade ist übrigens neu und wird auch nächstens auf den Sonntag ausgedehnt werden. Was die Höhe der Löhne betrifft, so hängen dieselben nicht von dem guten Willen eines Werkes, sondern von mancherlei andern Umständen ab. (Konkurrenz.) Die Zahl der Ueberstunden ist seit Jahren in einer Weise reduziert, daß man die darauf bezüglichen Ausführungen umwählig ernst nehmen kann. Wenn bei Krankmeldungen genau verfahren wird, so geschieht das nur im Interesse der ordentlichen Arbeiter, damit dieselben in puncto Krankentafel nicht durch etwaige Simulanten benachteiligt werden. Die Wahl der Vertreter wird trotz Bekanntmachung von den Arbeitern fast gar nicht besucht, auch ist jeder Vertreter gern bereit, über gefasste Beschlüsse Auskunft zu geben. Die Strafgelehrten fliehen in die Krankentafel. Die 24stündige Doppelschicht ist zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig und wird diese Notwendigkeit von der Leitung des Betriebes durchaus nicht gern gesehen, wurde aber sogar gelegentlich eines Unfalls zur Beseitigung von den Arbeitern selbst verlangt. Es hies auch eine abermenschliche Verantwortung auf sich nehmen, wollte man bei der Komplexität des Betriebes einen Wechsel durch ungehultes Personal vornehmen. Dadurch würden die gerügten Unfälle wahrnehmlich vermehrt werden. Es wurden auch im letzten Jahre drei neue Aborte angelegt und eine diesbezügliche Veränderung wäre auf Wunsch ohne weiteres verfügt worden. Die Erneuerungen, die namentlich in den letzten Jahren getroffen wurden, erleichtern das Arbeiten der Leute und tragen zum Fortbestehen des Betriebes bei. Solche Wohlfahrtsmaßnahmen sind auch nicht zu verkennen. Nach alledem kann wohl der Ausdruck Zuchtstaus an dieser Stelle als ungehörlich zurückgewiesen werden, da er das Empfinden der rechtlich denkenden Arbeiter groß verletzen muß.

Auch einer, der die Sodafabrik kennt und lange Jahre darin arbeitet.

Unser Gewerksmann schreibt uns dazu: Auffällig ist, daß die Direktion nicht selbst berichtet, sondern dies einem sehr untergeordneten Angestellten überläßt. Deshalb ist auch auf die Versicherung nichts zu geben, daß die etwaigen berechtigten Wünsche der Arbeiter ohne weiteres berücksichtigt worden wären. Der Berichtiger ist gar nicht imstande, eine solche Versicherung abzugeben. Unkenntlich werden soll aber, daß sofort nach Erscheinen unres Berichts einige der keinen Missetände abgestellt worden sind; auch Limonade darf jetzt während der Arbeitszeit geholt werden. Zu übrigen bleiben wir bei unseren Behauptungen mit dem Einzujügen, daß die Liste der von uns stizierten Uebelstände nicht vollständig gewesen ist. Wir werden gelegentlich das Verzeichnis nachholen.

Zu der Hauptsache läuft die Berichtigung darauf hinaus, daß die Zustände auf der Budauer Fabrik früher noch schlechter gewesen seien — eine Behauptung, die sehr überflüssig erscheint, weil jedermann das weiß und dies auch von uns nicht im geringsten in Zweifel gezogen ist. Wichtig ist auch, daß viele Arbeiter wieder nach dieser Fabrik zurückkehren, wir fügen hinzu, selbst wenn sie unter dem argsten Krach fortgegangen waren. Das beweist, daß man auf der Fabrik weder empfindlich noch wäherlich ist. Man darf es nicht sein, weil wegen der schlechten Verhältnisse ein fortwährendes Abfließen von der Fabrik erfolgt und man daher annehmen muß, was sich anbietet. Wenn der Stahlfurter Arbeiter nicht mehr weiß, wo er Arbeit finden soll, dann wendet er sich nach dem „Laubenschlag“, der Budauer Fabrik, mit der Absicht, dort nur so lange zu bleiben, bis er etwas gefunden hat. So ist dort ein fortwährendes Kommen und Gehen. Selbstverständlich schließt das nicht aus, daß nicht auch ein Stamm Arbeiter gehalten wird, dem eine erträgliche Stellung besichert ist. Denedem würde der Betrieb nicht aufrecht erhalten sein.

Ueber die Lohnfrage heißt der Berichtiger mit der kurzen Andeutung der Konkurrenz hinweg. Es mag sein, daß die Konkurrenzfrage für die Budauer Fabrik von besonders einschneidender Bedeutung ist. Wir erinnern uns bei dieser Gelegenheit aber an die Tatsache, daß wir in früheren Jahren Kontrakte zwischen der Ammoniakfabrik und dem Fabrikdirektor in Händen gehabt haben, und daß in diesen Kontrakten der Fabrikdirektor sich verpflichtete, das Rio Soda für einen bestimmten Preis herzustellen unter Zugrundelegung eines Normal-einkaufspreises für Salz und Kohlen. Nach den Preischwankungen dieser beiden Artikel durften auch die Herstellungskosten der Soda schwanken. Der Preis der Wage Arbeitskraft war nicht in Betracht gezogen. Es blieb dem jedesmaligen Direktor überlassen, diesen Preis zu seinem und der Gesellschaft Vorteil nach Möglichkeit herabzudrücken.

Wir wissen nun allerdings nicht, ob dieses System auf der anderen Seite noch im Schwange ist. Sollte es der Fall sein, so sind damit allerdings die niedrigen Löhne vollständig erklärt. In der Regel geht der Arbeiter der Konkurrenz zum Vorteil der Arbeitgeber nicht das mindeste an. Er sucht seine Arbeitskraft mit demselben Maß so vorzuziehen wie möglich zu verwerten wie die Aktiengesellschaft in der Soda. Bemerkenswert ist bei dieser Gelegenheit noch, daß auch mit dem Arbeiter, dem von dem Krankengeld von 9,80 Mark wöchentlich 3 Mark zur Deckung des erhaltenen Vorwusses von 10 Mark abgezogen wurden, seit unserer Aufdeckung dieser Ungeheuerlichkeit günstiger verfahren wird. Es wird ihm jetzt nur 1 Mark pro Woche abgezogen. Weshalb war man nicht von Beginn an so human? Weshalb mußte man sich erst so arg bloßstellen? Nach humaner wäre es übrigens, wenn man mit der Rückzahlung des Vorwusses wartete, bis der Mann wieder gesund ist und etwas verdient. —

Wettin a. S., 30. Juli. (Vergmanns 104.) Gestern abend kurz vor Schichtwechsel wurde der Häuer Karl Dehne aus Wettin auf Schacht kurz vom Kaliber Johanneshall in Treib bei Wettin durch vorzeitige Losgehen der Sprengschüsse tödlich verletzt. Dehne hatte seine vollständige Befähigung nach, so daß die Ursache des Unglücks zu Protokoll genommen werden konnte. Dehne, welcher inzwischen verstorben ist, hinterläßt eine Frau und drei Kinder. —

Fünfte Generalversammlung

Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Oßchersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Die Generalversammlung tagte am 30. Juli im „Gewerkschaftshaus“ zu Halberstadt. Mit einem stimmungsvollen Vortrag des Gesangsvereins „Sängerbund“ wurden die Verhandlungen eingeleitet. Anwesend waren 18 Delegierte, die die Orte Halberstadt (8), Wernigerode (3), Osterwieck (2), Otleben (3), Gatterode (1) und Uderstedt (1) vertreten. Außerdem war neben der Kreisleitung der Kandidat des Kreises, Genosse Albert Bartels-Wernigerode, erschienen. Den Sozialdemokratischen Verein zu Magdeburg vertrat Genosse Gumpert, den Wahlkreis Calbe-Mehrerleben Genosse Greiner, die Geschäftsleitung der „Volksstimme“ Genosse Fabian und deren Redaktion Genosse Wittmann. Die Verhandlungen leitete der Kreisvertrauensmann Genosse Albert-Halberstadt, dem die Genossen Löwe-Osterwieck und Steier-Halberstadt zur Seite standen. Den

Bericht des Vorstandes

gab der Genosse Albert: Er wies darauf hin, daß das Vertrauensmännerstern für den Kreis aufgehoben sei. Die Beschlüßfassung über ein Statut sei nicht erfolgt, weil der Parteitag sich mit der Neuorganisation der Partei beschäftigen werde. Die Agitation hat sich vornehmlich auf die Verbreitung der Agitationskalender beschränkt, der überall gut gefallen hat. Die finanziellen Verhältnisse seien zurzeit günstige. Es sei lediglich innere Arbeit geleistet worden. Von der Mehrzahl der Orte sei zu sagen, daß die Bewegung dort gut im Fluß sei. In Oßchersleben hätten sich jedoch die Parteiverhältnisse verschlechtert. Das sei auf die rigorosen Maßnahmen der Gegner zurückzuführen, die es verhinderten, daß eine Person in dem Ort festen Fuß fassen konnte, die als Vertrauensperson der Genossen fungieren konnte. Halberstadt befindet sich im Fortschritt. Die Stadtverordnetenwahlen brachten uns ein gutes Resultat. Zwei Mandate wurden geholt und zwei weitere blieben in einer bedeutenden Minderheit. 18 Wahlvereins-Versammlungen wurden abgehalten, von denen 12 mit Vorträgen ausgestattet wurden. Daß nicht mehr Agitationsarbeit geleistet werden konnte, lag an den finanziellen Verhältnissen. Sind diese auch jetzt ganz günstige, so waren sie das doch nicht bei Beginn und während des Berichtsjahres.

Gumpert-Halberstadt gab den Kassenbericht. Die Einnahmen betragen einschließlich des Bestandes von 40,61 Mk. am 1. Juli d. J. 2266,36 Mk., die Ausgaben beliefen sich auf 1543,12 Mk., so daß der Bestand am 1. Juli d. J. 723,24 Mk. betrug. Seitdem sind 100 Mk. für die Opfer der russischen Revolution abgeführt worden. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 634. — Nach dem Bericht der Revisoren, die alles in Ordnung befanden haben, wurde dem Kassierer Decharge erteilt.

Niewert-Halberstadt bemängelt, daß aus der Abrechnung nicht die genauen Leistungen der einzelnen Orte zu ersehen seien. Löwe und Gumpert geben dazu einige Erklärungen, worauf die Diskussion über den Vorstandsbericht geschlossen wird. Es folgen

die Berichte der Filialen.

Löwe-Osterwieck schildert die dortigen Verhältnisse. Danach hat der dortige Verein zurzeit 62 Mitglieder. Die Agitation würde erschwert dadurch, daß kein Lokal zur Verfügung stehe. Die Industrie nimmt ab in Osterwieck, was natürlich für die Bewegung von äußerstem Nachteil ist.

Niewert: Durch den Zusammenschluß der Gegner hätten sie bei den Stadtverordnetenwahlen schlecht abgeschnitten. In Hensburg haben wir eine ganze Anzahl Mitglieder. Redner beklagt die geringe Beteiligung bei der Verteilung der Kalender.

Solzmeyer-Otleben: Im Wahlverein sind 20 Mitglieder. Eine Anzahl Leier der „Volksstimme“ sind vorhanden, so daß die Bewegung allmählich in Fluß kommt.

Albert-Halberstadt verweist für seinen Bericht auf den Vorstandsbericht. Halberstadt habe zurzeit 413 Mitglieder.

Auf Antrag werden die folgenden Anträge mit zur Beratung gestellt:

Die Generalversammlung wolle ein Preiskommissionsmitglied wählen. (Wahlvereinsversammlung Halberstadt.)

Im ganzen Wahlkreis soll ein Beitrag von monatlich 25 Pf. und ein Eintrittsgeld in Höhe eines Monatsbeitrags erhoben werden. (Genosse Wilhelm Heller-Halberstadt.)

Die Wahl eines Preiskommissionsmitglieds wird nach einer kurzen Erklärung Schönfelds, daß in den Verhältnissen der Zeitung keine Veränderung eintreten werde, abgelehnt.

Heller begründet den anderen Antrag. Die Erhöhung der Beiträge und die Erhebung eines Eintrittsgeldes sei nötig.

Salzmedel-Wernigerode erklärt, daß die Genossen Wernigerodes für die Erhöhung des Beitrags, jedoch gegen Erhebung eines Eintrittsgeldes seien.

Loewe und Steier-Halberstadt sprechen ebenfalls für den Antrag. Schönfeld-Halberstadt ist im Hinblick auf den Parteitag für Vertagung. Löwe-Osterwieck meint, eine Erhebung von Eintrittsgeld erschwere die Agitation. Niewert tritt dem ebenfalls bei. Lehmann spricht für Erhebung von Eintrittsgeld.

Greiner-Oßchersleben übermittelte die Grüße seines Kreises. Bei der Entwicklung der Gewerkschaften ist die politische Organisation gewissermaßen das Stiefkind der Arbeiterbewegung geworden. Dem wenig entgegengekommen werden. Der an und für sich schon geringe Beitrag läßt doch nebenher die Erhebung eines Eintrittsgeldes ohne weiteres zu. So gut wie die Kassenverhältnisse des Kreises sein mögen, so ist doch durch ein Eintrittsgeld noch eine weitere Besserung zu erwarten. Wir müssen schlagfertig zu jeder Zeit sein. Und dazu gehört immer und immer wieder Geld.

Albert weist den Einwand zurück, daß die Agitation erschwert werde durch Eintrittsgeld.

Bartels-Wernigerode erklärt es für nötig, daß zuziehende Genossen vom Eintrittsgeld befreit sind.

Gumpert und Löwe meinen, das Eintrittsgeld müsse der Hauptfasse aufhelfen.

Die Abstimmung erfolgt getrennt. Die Erhebung eines Monatsbeitrags von 25 Pf. wird beschlossen. Bei der Abstimmung über die Erhebung eines Eintrittsgeldes entspringt sich eine Ge-

schäftsordnungsdebatte. Der Antrag wird mit Stimmengleichheit abgelehnt. Dann folgt die

Beratung des Organisationsstatuts.

Genosse Albert als Referent schildert die Entstehung des neuen Organisationsstatutentwurfs. Den von dem Magdeburger Genossen gestellten Wänderungsvorschlag betr. das Schiedsgericht erkennt er als berechtigt an. Die Bestimmung, daß 25 Proz. abgeführt werden sollen, hält er für bedenklich. Die kleinen Kreise würden dem nicht nachkommen können, wenn sie nebenbei auch noch an die Bezirksorganisation Gelder abführen müßten. Daß neben dem Vorstand noch ein Vertrauensmann gewählt werden kann, könnte zu einer „Doppelregierung“ führen. Dem beuge auch der weitere Antrag der Magdeburger Genossen. Es genüge, wenn dort, wo keine Organisation bestehe, ein Vertrauensmann gewählt werde. Bezüglich der Zusammensetzung des Parteitag, ist Redner der Meinung, daß dort nicht Hunderte von Parteibeamteten vertreten sein dürfen, sondern Genossen aus der breiten Masse dorthin entsandt werden müssen. Der Parteitag hat viel Arbeit geleistet und dort waren wenig Parteibeamtete vertreten. Das ist keine Herabsetzung der Parteibeamteten. Den Reichstagsabgeordneten müßte das durch nichts begründete Vorrecht entzogen werden. Das Mandat allein dürfte ihnen nicht Sitz und Stimme verleihen. Nebenbei ist die Bedeutung der finanziellen Seite der Frage auch nicht unwesentlich. Die Einführung der regelmäßigen Berichterstattung an den Parteivorstand ist zu begrüßen. Weiter müssen wir uns auch an den Gedanken gewöhnen, mehr Beiträge für die Partei zu entrichten. Die Erhöhung der Beiträge müßte m. E. auch einen besseren Veranlassungsbefuch herbeiführen. Die Gewerkschaften absorbieren vieles für die Partei. Aber ohne politische Macht läßt sich nichts erreichen. Die Gewerkschaften allein sind da machtlos. Die politische Organisation ist daneben nötig. Darauf müssen die Arbeiter hingewiesen werden. Im übrigen ist Redner mit dem Entwurf einverstanden. Auf Vorschlag Gumpert wird folgender Antrag mit zur Debatte gestellt:

„Die Generalversammlung wolle einen Antrag zum Parteitag stellen, wonach über ganz Deutschland für die politische Organisation einheitliche Mitgliedsbücher und Marken herausgegeben werden. Der Wert der Marken soll jedem Wahlkreis überlassen sein.“ (Wahlvereinsversammlung Halberstadt.)

Gumpert schlägt vor, den Antrag so abzuändern, daß die Bestimmung dem § 10 des Statuts angefügt werde. Dann müßte die Bestimmung über den Wert der Marken nicht, wie es im Antrag heißt, dem Wahlkreis, sondern dem Bezirksverband überlassen werden. Bezüglich der Zusammenziehung des Parteitag, ist Redner der Meinung des Referenten. 25 Proz. können abgeführt werden; wenn es nötig ist, bekommen wir ja vom Parteivorstand ja Geld wieder.

Schönfeld: Die Bestimmungen über die Organisationsform sind zu begrüßen. Die Ausführung von 25 Proz. wird in vielen Wahlkreisen, z. B. in unserm, schwer möglich sein. Mit der Abänderung des vorliegenden Antrags bin ich einverstanden. Die Vertretung der Fraktion auf dem Parteitag gibt zu dem Bedenken Anlaß, daß wenn nicht alle Abgeordneten das Recht zur Teilnahme haben, diese sich als Delegierte wählen lassen. Dann werden wir noch weniger Arbeiter auf den Parteitag haben. Die Arbeiter haben auch die Schuld, daß sie jeden Akademiker, der einmal einen schönen Vortrag gehalten hat, mit offenen Armen in die Partei aufnehmen. Eine Unmöglichkeit ist es auch, wenn 3 Wochen vor dem Parteitag Anträge eingereicht sein müssen, während nur 4 Wochen vorher die Einberufung des Parteitag, zu erfolgen hat.

Gumpert-Magdeburg überbringt die Grüße der Magdeburger Genossen. Der Jenaer Parteitag wird eine geschichtliche Wendung in der Partei bedeuten, da der Anfang mit einer zentralistischen Organisation gemacht wird. Die schönsten Zeiten sind nicht so viel wert als eine straffe Organisation. Heute sind wir nicht einmal in der Lage, festzustellen, wie viel eingeschriebene Mitglieder die Partei hat. Außerdem ist es auch kein gesunder Zustand, daß die Gelder der Partei am allerwenigsten aus den Beiträgen der Genossen fließen. Allerdings macht uns ja die Gesetzgebung die Einführung einer straffen Organisation schwierig. Ob 25 Proz., 20 Proz. oder gar 30 Proz. abzuführen beschloffen wird, steht noch dahin. Aber das wird ein gutes Bindglied sein. Heute bringt mancher Preis nicht einmal das Geld auf, was sein ev. Abgeordneter kostet. Wir haben in Preußen noch eine so lose Organisation, weil wir hier keinen Abgeordneten im Landtag haben. Daher hat die Organisation in den süddeutschen Staaten auch eine größere Ausbildung erfahren. Der vorliegende Antrag hat wohl kaum Aussicht auf Annahme auf dem Parteitag. Es muß eine intensive Agitation einziehen, um das Verhältnis in der Mitgliederzahl bei Partei und Gewerkschaften zu beichten.

Der von Halberstadt eingebrachte Antrag wird mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen. Im übrigen erklärt sich die Generalversammlung mit dem Sinn des Statutentwurfs einverstanden.

Dann folgt das Referat über

Ländliche Organisation und Agitation.

W. Behrens-Otleben (Referent): Die Beschäftigung mit den ländlichen Verhältnissen ist für uns unbedingt nötig. Auf den Dörfern haben wir wenig oder gar keine Mitglieder und keine Leier der „Volksstimme“. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern, die man dort findet, lesen viele die Kreisblätter, das macht die Vertrauensleute natürlich misstrauisch und erschwert ihnen die Arbeit. Viel in der Agitation können die Redakteure der Gewerkschaftspressen uns unterstützen. Aber sie reiten auf ihrer Kurzgewerkschaftsleiter herum und meiden jedes politische Wort. Wenn diese Redakteure wüßten, daß die Mitglieder, die für die Partei gewonnen sind, für die Gewerkschaft nicht mehr verloren gehen, würden sie vielleicht nicht so zurückhaltend sein. Wir unterlassen aber leider auch noch immer, den ländlichen Arbeitern die Wege zu weisen, wie sie ihre Verhältnisse bessern können. In die Gemeindevertretungen müssen wir einzudringen suchen. Dadurch wird den Arbeitern die Furcht, ihre Meinung offen zu bekennen, mehr und mehr genommen. Das Abhängigkeitsgefühl, das den ländlichen Arbeitern innewohnt, muß beseitigt werden. Dann muß überhaupt mehr Agitation getrieben werden. Die Kalenderverbreitung allein genügt nicht. Der Kandidat des Kreises müßte alljährlich mindestens einmal eine Agitationsstour veranstalten. Von einer Organisation ist auf dem Lande nie die Rede; man wagt sich nicht herab. Diese Geheimnistuerei muß aufhören. Öffentlich müssen wir auftreten. Das stärkt schließlich das Selbstbewußtsein der Arbeiter, die sich zur Partei gehörig betrachten. Wenn die Organisation aber ausgebaut werden soll, dann muß auch die Kreisleitung mehr Fühlung mit den ländlichen Genossen suchen.

Niewert meint, daß auch ohne Versammlungen Agitation getrieben werden kann. Im Freundeskreis läßt sich viel machen.

Löwe: Wir müssen Parteigenossen bestimmen, die in die Dörfer entsandt werden. Die persönliche Agitation bringt bei den ländlichen Arbeitern den meisten Nutzen.

Löwe-Halberstadt: Es ist so schwer, auf dem Lande festen Fuß zu fassen. Jeder, der seine Überzeugung offen bekennet, lernt seine Existenz aufs Spiel. Wer trotzdem wissen die Männer auf dem Lande auch schon ganz genau, was sie wollen. Ist die Agitation auch erschwert, so liegt das an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Früher waren die Gewerkschaften die Winder der Rekruten für die politische Bewegung. Jetzt ist es umgekehrt. Wir müssen das Schwergewicht der Agitation viel mehr auf die politische als auf die gewerkschaftliche Bewegung legen. Wir kämpfen unausgesetzt und wir gehen vorwärts, wenn es auch nur langsam geht.

Schönfeld: Die Agitation auf dem Lande läßt sich nicht so leicht betreiben, wie es sich vielleicht Genosse Behrens denkt.

Uns stehen leider nicht immer die nötigen Leute zur Verfügung. Zweifellos ist die mündliche Agitation die beste. Unter den herrschenden Umständen ist für uns aber die Agitation durch Flugblätter maßgebend. Wenn einmal ein kleines Dorf einen Genossen in die Gemeindevertretung entsenden würde, so würde er bald aus dem Dorf hinausgedrückt sein. Die Furcht davor, offen Farbe zu bekennen, ist heute leider nur zu begreifbar. Die ländlichen Arbeiter sind an allen Ecken und Enden abhängig. Flugblätter werden auch mehr wirken als die zeitweilige Verbreitung der „Volksstimme“. Heute ist es noch besser, im geheimen zu agitieren, als allzu früh in die Öffentlichkeit zu treten. So vieles hängt auch von der Lokalfrage ab.

Albert erklärt, daß die Kreisleitung den von Behrens geäußerten Wünschen nach Möglichkeit nachkommen werde. Es folgt die

Stellungnahme zum Parteitag und Wahl von Delegierten.

Dem Vorschlag Alberts entsprechend wird als Delegierter der Kandidat des Kreises, Genosse Albert Bartels-Wernigerode, und als Ersatzmann Genosse Paul Goffmann-Halberstadt gewählt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft, da der letzte Punkt, Beratung der Anträge, bei den übrigen Punkten mit erledigt worden ist.

Mit einer berechneten Ansprache des Genossen Albert, die in ein Hoch auf die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie ausklingt, wird die äußerst anregend verlaufene Versammlung um 6 1/2 Uhr geschlossen. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg. (Verienkammer.)

Sitzung vom 31. Juli 1906.

Folgen des Alkoholgenusses. Ein vorbestrafter Arbeiter Wilhelm Mund, geboren 1882, und Robert Jahnich, geboren 1886, hier, öffneten am 22. Juni d. J. den Keller des Kaufmanns Hofhase mit einem Dietrich und stahlen 40 Flaschen Bier meist Bierkasten, gingen damit nach dem Kleinen Werder und bezogen sich. Dann schrien und tobten sie auf der Straße und veranlaßten einen Menschenauflauf. Bei der Festnahme leisteten sie den Schutzwachen heftigen Widerstand und Mund beleidigte auch einen Schutzwachen durch Schimpfreden. Die Kammer verurteilte Mund zu 4 Monaten 2 Wochen Gefängnis und 3 Tagen Haft, Jahnich zu 3 Monaten 1 Woche Gefängnis und 3 Tagen Haft. Dem Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen. —

Ein gefährlicher Liebhaber. Der Dienstknecht Andreas Schmidt zu Jena, geboren 1884, diente mit der 20 Jahre alten Emma Fode zusammen und unterhielt mit ihr ein Liebesverhältnis, trotzdem er bereits eine Braut hatte, die er heiraten wollte. Am 6. April d. J. rief er angeblich abends die Fode zu sich in den Pferdehof, setzte sich mit ihr auf eine Bank und verkehrte zärtlich mit ihr. Dabei warf er ihr eine aus einem Pferdezeugel hergerichtete Schlinge um den Hals und zog diese trotz des Schreies der Fode so fest zu, daß sie kaum noch Luft holen konnte. Sie wurde ohnmächtig. Als sie wieder zu sich kam, lag sie einige Schritte von der Bank entfernt auf dem Boden des Stalles. Schmidt zündete ein Streichholz an und leuchtete der Fode aus dem Stalle. Dann folgte er ihr nach der Küche, hat sie solle nichts sagen und versprach, er wolle sie heiraten. Das Motiv der Tat soll gewesen sein, daß Schmidt glaube, sein Verkehre mit der Fode sei nicht ohne Folgen geblieben. Die Verhandlung fand in nichtöffentlicher Sitzung statt. Die Kammer gewann nicht die volle Überzeugung von der Schuld des Angeklagten und sprach ihn daher von der Anklage der gefährlichen Körperverletzung mit einer das Leben gefährdenden Behandlung frei. —

Freisprechung. Der Straßenbahn-Wagenführer August Rabefeld hier, geboren 1870, soll am 25. April d. J. trotz der Annäherung eines ihm entgegenkommenden Straßenbahnzugs auf 25 bis 30 Meter mit dem von ihm geführten Motorwagen weitergefahren sein und hierdurch einen Zusammenstoß beider Wagen sowie die Verlesung mehrerer Fahrgäste bewirkt haben. Die Verhandlung stellte eine Fahrlässigkeit des Angeklagten nicht fest, weshalb seine Freisprechung erfolgte. —

Bermischte Nachrichten.

* Magistratische Gemütsmenschen. Frau Amalie Klar, Rutschersgattin, brachte der Wiener „Arb.-Ztg.“ kürzlich folgendes Dokument in die Redaktion:

B. 8029/05.

Zahlungsaufforderung.

Herr Johann Klar werden infolge Magistratsverordnung B. 17139/05 aufgefordert, den Betrag von drei Kronen als Grabsteilgebühr für Ihren amputierten linken Unterschenkel

bei sonstiger eckelüber Einhebung hieran zu zahlen oder zu Händen des Herrn Exekutionsbeamten zu beichtigen.

Für die städt. Hauptkassenabteilung für die III. Bezirk: Wien, am 15. Mai 1905.

Klar, ein braver, tüchtiger Mann, war Schwerfütcher. Am 13. März glitt er beim Aufsteigen auf seinen fahrenden Wagen ab und der schwere Mann ging über beide Beine. Der linke Unterschenkel mußte amputiert werden. Das rechte Bein verheilte zur Klar Klar ist heute ein hilfloser Krüppel, der fünf lebende Kinder zu sorgen hat. Sie sind anderthalb bis neun Jahre alt. Sein abgehacktes Bein ist an das Haus gefesselt. Nicht einmal ein Glas Wasser kann sich der arme Krüppel selbst holen. Sie kann also nicht verdienen. So kommt es, daß die Familie — sieben Köpfe — seit dem Unglückstag von vierzehn Kronen Kronengeld wöchentlich leben muß. Die Unfallrente kann nicht früher angewiesen werden, ehe Klar nicht aus der ärztlichen Behandlung entlassen ist. Die Familie hungert und darbt, sie ist verzweifelt und der übliche Magistrat hat keine andre Sorge, als die Grabsteilgebühr für das abgefägte Bein des Mannes von ihm einzutreiben. Man sagt es nicht, daß es solche „Gemütsmenschen“ geben kann. Vielleicht ist's nur ein toller Spinn des Amteschimmels — aber muß denn das sein? Wie Wien gut verwaltet, dann hätte der Magistrat in solchen Fällen wohl eine andre schwere Sorge. Die wäre: die Hilfe der armen, schwergeprüften Familie über die Jahre hinweg hinweg zu bringen, wie groß muß mein Zuchtsüß sein, um diese Armen vor Verzweiflung zu retten? Aber so laßt der Magistrat nicht. „Muß ich das bezahlen?“ sagte die weinende Frau. — „Nein, lassen Sie es auf Zahlung auskommen.“ war die Antwort unsrer Genossen. — Gestern habe ich die Matratzen ausgeleert, um das Bettzeug zu verkaufen. Der Greisler borgt nichts mehr. —

* Auch ein Afrika-Reisender. Der Afrika-Reisende Professor Böhrer durchstufte Ende der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts längere Zeit in Begleitung eines Weißgerbergesellen aus Plau in Mecklenburg einen Teil Afrikas. Dieser „kühne“ Mecklenburger, namens Bipe, wanderte um die Mitte der fünfziger Jahre aus seiner Heimat bis Kon-

Gelegenheitskauf-Geschäft Adolph Michaelis

von heute ab vergrößert und verlegt nach
Ratswageplatz 1, Eingang Apfelstrasse, erste Tür
 vollständig getrennt vom Lohhaus.

Dienstag - Mittwoch - Donnerstag

auf alle Waren trotz der bekannt enorm billigen Preise

10 Prozent Rabatt.

Der Rabatt wird an der Kasse in bar vergütet.

Gelegenheitskauf-Geschäft Adolph Michaelis

Nur 35 Pfg.

Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich

in der vom 1. Januar 1900 an gültigen Fassung
 nach dem Einführungsgezet und einem alphabet. Sachregister.
 Mit Angabe der zuständigen Gerichte.

Buchhandlung Volksstimme, Jakobstr. 49.

Im Verlag von Raben u. Co., Dresden-N., Zwinger-
 Straße 22, ist soeben erschienen:

Henriette Roland-Holst

Generalstreik und Sozialdemokratie

Mit einem Vorwort von Karl Kautsky
 184 Seiten Oktav Preis 1 Mark 20 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Volksstimme
 Jakobstraße 49.



Sparfame Hausfrauen verwenden mit
 Vorliebe

Elfenbein-Seife
 Marke „Elefant“ von
Günther & Haussner
 Chemnitz-Kappel.

In fast allen Materialw., Drogeri-
 und Seifen-Geschäften zu haben.

Leder-Ausschnitt
Kernsohlen
Schuhmacher-Artikel
Schuhmacherwerkzeuge
Schuhleisten
Schäfte aller Sorten
Pantinenhölzer
Pantoffelleider
Nähdraht, gebrauchsfertig,
 Stück 5 Pfg. usw.

Sie finden Sie immer sehr billig und
 in sehr großer Auswahl bei
G. Mörz, Federhandlung
Sudenburg
 52 Halberstädterstraße 52.

„Ovum“
 ist ein natürliches
 Eizellenmittel

Kaufe
Kanarienhähne
 nur Mittwochs und
 Donnerstags, bezahlte
 3 Mark; Weibchen
 fortwährend.

J. Tischler
 Annastraße 25.

Denke erst! **Solidaria-Fahrräder**
 auf Wunsch Teilzahlung.
 Anzahl 20, 30, 50 M.
 Abz. 8-15 M. mon.
 Reicheräder von
 64 M. an. Zubehör-
 tolle spottbillig.
 Preisliste gratis und franko.

J. Jendrosch & Co.
 Charlottenburg 5. No. 281

Billige Stiefel!
 Altes Brücktor 2.

Kaufe
Canbendung u. Schrader,
 Magdeburg, Wallstraße 1a. 233

Zahn-Atelier
Richard Sass 319
56 Breiteweg 56.
 Teilzahlung gestattet.
 Woche 1 Mark (ohne Preis-
 erhöhung).
 Strengste Discretion zugesichert.
 Zahnschmerzen schmerzlos.

Wenig gebrauchte Nähmaschinen
 zum Preise von 25-60 Mk.
Neue Nähmaschinen aller Systeme
 unter Garantie
 in billigster Preislage.

A. Rose, Breiteweg 264
 (Scharnhorstplatz).
 Bestes seit 1865 besteh. Geschäft dies. Branche.
 Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen - Reparaturen
 aller Art zu billigsten Preisen. 89

Burg. Schuhwaren-Reparatur-Werkstatt
22 Gr. Brahmstr. Paul Baller Gr. Brahmstr. 22
 Neueste Arbeit sowie solide Preise werden zugesichert.
 Schuhe und Stiefel zur Reparatur nehme ich auch in meiner
 Wohnung, Kesselstraße 19, entgegen. 291

Konsumverein Neustadt.
 Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht
 Gemäß der am 28. Juli d. J. erfolgten Auslosung von
 Schuldscheinen der Anleihe von 1898 gelangen die Nummern:

34	46	49	50	51	von Serie 1 zu 500 Mark
14	56	4	65	97	" " 2 " 500 "
2	3	7	10	35	" " 3 " 500 "
13	14	15	16	17	" " 1 " 100 "
74	76	77	78	79	" " 2 " 100 "
8	23	69	86	93	" " 3 " 100 "
63	64	65	66	80	" " 4 " 100 "
34	35	36	38	60	" " 5 " 100 "
29	53	54	56	57	" " 1 " 25 "

Zusammen 45 Stück im Betrage von 10125 Mark zur
 Rückzahlung.
 Diese ausgelosten Schuldscheine werden den Besitzern
 zum 1. Januar 1906 mit der Maßgabe gekündigt, daß von
 diesem Zeitpunkte an die Zinszahlung aufhört und der Be-
 trag etwa fehlender Zinscheine vom Kapital abgezogen wird.
 Die Einlösung erfolgt gegen Rückgabe der ausgelosten
 Schuldscheine vom 2. Januar 1906 ab an unserer Haupt-
 kasse, Rogauerstraße 31.
 Magdeburg-Neustadt, den 31. Juli 1905.
Der Vorstand.

Rotehorn!

Dem geehrten Publikum zur gefl. Kenntnis, daß ich in diesem Jahre wieder mit
frisch gebrannten und Schokoladen-Mandeln
 sowie frischen Nüssen usw.
 auf dem Rotehorn mit zwei Geschäften anwesend bin; das erste Geschäft be-
 findet sich dicht am Eingang, das zweite Geschäft neben der Spielbude des
 Herrn Steinemann.

Hochachtungsvoll
Wilh. Schubert, Magdeburg-N.
 Zu erkennen an der Firma.

Ziel Geld
 erhält man auf jede Veranlassung.
Leihhaus
 Adolph Michaelis
 Apfelstraße 16, I.
 Neu! Vollständig diskrete
 Abfertigung. 3302
 Privat-Kontor. Zins-
 Ermäßigung.
 Fernsprecher 2322.

Freie Turnerschaft Burg

Sonntag den 13. August cr.
 im „Hohenzollernpark“
Feier des
10. Stiftungsfestes
 verbunden mit
Fahnenweihe!

Außer vollstänl. Turnen, Gesellschaftsspielen (von 11-1 Uhr)
 und Geräteturnen gelangen u. a. noch zur Aufführung:
 Waffenreißungen (ca. 150 Turner), Gemischte Waffen-
 übungen, ausgeführt von Turnerinnen (Keulen), Turnern
 (Hähnen) und Jünglingen (Stäben). Ferner am Abend: Groß-
 artiger Dekorations- und Illuminations-Feiern (32
 Turner u. Turnerinnen) mit prächt. Schlußgruppe. Muster-
 riefen am Doppelschiff, Keulenschwingen der Vorturner nach
 Musik und Stabschwingen der Turnerinnen nach Musik.
Von 5 Uhr ab: BALL.
 Programme à 25 Pfennig sind in den bekannten Verkaufs-
 stellen und bei den Mitgliedern zu haben. 290

Schützenplatz. Rotehorn.
 Zum diesjährigen Schützenfeste halte meine bekannten
hochfeinen Saucischen
 und
Jauerschen Würste

in zwei Enden, in der Nähe des Nachtzettes und in der
 Nähe des Restaurationszettes von Robert Günther, bestens empfohlen.

A. Keppler Fabrikant:
 Willy Keppler

Werke von
Maxim Gorki
 als:
Warenka Glessow
Der Landstreicher
Malwa
Ein Verbrechen
Renowalow
Der rote Waska
Das Ehepaar Orlow
Rain und Artem
Jemiljan Piljaj
Tschelkasch
Der Haiunke

à Band Mk. 1.00
 empfiehlt
 Buchhandl. Volksstimme
 Jakobstraße 49.

Trauer-Hüte
 Blasen, Kostümröcke
 Kreppe, Flore etc.
 in größter Auswahl
Lange & Münzer
 51a Breiteweg 51a

Schönebeck Schönebeck
 Sonntag den 6. August in sämtl. Räumen des „Stadtpark“
Grosses Sommerfest
 sämtlicher Gewerkschaften von Schönebeck und Umgegend
 bestehend in
 202
 Konzert, Gesang, Radfahrer- und Turner-Aufführungen.
 In der Rembahn: Große Kinderbelustigungen.
 Feste des Reichstagsabgeordneten Genossen Albrecht.
 Nachdem: Ball.
 Programme à 20 Pfennig sind zu haben bei sämtlichen Kartell-
 delegierten, Bevollmächtigten, Kassierern und Unterkassierern der Gewer-
 schaften, bei den Herren W. Hoff, Friedrichstr. 15, G. a. l. (Bürger-
 haus), B. e. c. h. e. r., Breiteweg, und den Austrägern der „Volksstimme“.
Das Gewerkschaftskartell.
 PS. Damen und Karussellbesitzer, welche bei diesem Feste auf
 einen Stand reflektieren, wollen sich bei dem Vorsitzenden des Kartells,
 Herrn Felix Präfert, Böttcherstraße 47, melden.

Zum Schützenfeste
 empfehle meine
Konigkuchen, Schokoladen und
Zuckerwaren

in bekannter Güte und bitte um gütigen Zuspruch.
G. W. Dornfeld.

Lüchtige Ofenseher (tief schwarz) empfiehlt die
 Buchhdl. Volksstimme.
H. Spengler.

Viktoria-Theater.
 Mittwoch den 2. August
Wie die Alten jungen.
 Donnerstag den 3. August
 Benefiz für Herrn Edwin Altkauer.
Der Hatter von Kirchfeld.

Dr. Saenger
 ist zurückgekehrt. 365
 Schillinge z. Damenschneiderei gei.
 Frau Brandt, S. Schmiedestraße 58, 21.